

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Die Notverordnungen.

Sozialdemokratische Fraktion verharret auf
Abänderungen.

Berlin, 27. November. (Eigenbericht.) In
einer Vorstandssitzung der sozialdemokratischen
Reichstagsfraktion erörterten heute die Fraktions-
führer einen Bericht über ihre Besprechungen
mit dem Reichsminister Dr. Brüning, die sich auf
Abänderungen der Notverordnung vom 26. Juli
und das Sanierungsprogramm der Reichsregie-
rung bezogen. Die Aussprache ergab völlige
Übereinstimmung darüber, daß die in den Be-
sprechungen mit der Regierung gewünschten Ab-
änderungen der Notverordnung bezüglich der
Bestimmungen über die Kranken- und Arbeits-
losenversicherung und die Kopfsteuer absolut
notwendig seien. Der Fraktionsvorsitzende war
der Auffassung, daß die Reichstagsfraktion auch
weiter im Ausschuß und später im Plenum für
diese Abänderungen unbedingt eintreten
müsse. Die Forderung der Unterhändler wurde
einstimmig gebilligt.

Deutschland und die polnischen Terrorakte.

Berlin, 27. November. (EPA.) Das Reichs-
kabinett hat sich in seiner heutigen Nachmittags-
sitzung auf die Einberufung einer außerordent-
lichen Tagung des Völkerverbundes zu
beschließen und dafür die Verhandlung der pol-
nischen Terrorakte gegen die deutsche Minderheit
in Oberschlesien auf der nächsten ordent-
lichen Ratstagung zu verlangen, die am
15. Jänner beginnt. Dieser Entschluß hat seinen
Grund darin, daß die außerordentliche Tagung
infolge des schwerfälligen Verfahrens, das
die Völkerverbundstagung vorschreibt, ungefähr in
die Weihnachtszeit fallen würde. Fraktion hat
ein Antrag auf Einberufung einer außerordent-
lichen Tagung die Vorberlegung der Jänner-
tagung bedeutet. Das Reichskabinett wollte ver-
meiden, sich einer Ablehnung auszusetzen, die der
Wirksamkeit der deutschen Beschwerde nur ab-
träglich wäre.

Die deutsche Note wird sich, damit der
deutsche Schritt keine Verzögerung erleidet, vor-
behaltlich, die Einzelheiten der Vorgänge noch
nachzutragen. Es ist anzunehmen, daß gleichzeitig
auch noch diplomatische Schritte
eingeleitet werden, um der Beschwärde den
notwendigen Nachdruck zu verleihen. Außerdem
werden die Ereignisse in Pommerellen Gegenstand
einer besonderen Beschwerde der deutschen Min-
derheit sein, der sich die Reichsregierung gewis-
sermaßen als Nebenkläger anschließt. Beide Be-
schwerden werden im Jänner gemeinsam vor
den Rat kommen.

Wirth nach Oberschlesien abgereist.

Berlin, 27. November. (Wolff.) Reichsmin-
ister des Innern Dr. Wirth ist in Begleitung
des preussischen Staatssekretärs Abegg heute
Mittag nach Eppeln abgereist. Dr. Wirth wird
durch Vermittlung des ober-schlesischen Oberprä-
sidenten Dr. Kulisch mit den führenden Kreisen
der ober-schlesischen Bevölkerung in Fühlung
treten, um die Bevölkerung über die Stellung-
nahme der Regierung zu den politischen Wan-
delverhandlungen und die beschleunigten Schritte
aufzuklären und dadurch beruhigend auf die Be-
völkerung einzuwirken. Wenn auch der ober-schle-
sische Bevölkerung sich berechtigte Erregung be-
mächtigt hat, so ist die Meldung einer Korre-
spondenz über Ausschreitungen in Deutschoberschle-
sien völlig unzutreffend.

Polnischer Heberfall im Deutschen Heim in Thorn.

Warschau, 27. November. (Wolff.) In das
Deutsche Heim in Thorn drangen gestern
gegen halb sechs Uhr abends drei Polen ein und
überfielen drei dort sitzende Deutsche. Einer der
Gäste wurde niedergeschlagen und ver-
letzt, während die beiden anderen sich zur
Wehr setzten. Unterdessen drangen von der
Straße weitere Polen in das Lokal und de-
molierten die Einrichtungen. Prühle,
Tische und Kronleuchter. Die Polizei machte dem
wütenden Treiben ein Ende und verhaftete eine
Person.

Schlachtenbericht aus Peru.

Lima (Chile), 27. November. (Reuter.) Pri-
vatinformationen aus Lima (Peru) zufolge, hat
dort eine schwere Schlacht begonnen. Die
Regierung verläuft sich, daß sie Herrin der Situa-
tion sei. Zahlreiche Aufständische
wurden hingerichtet.

Die Antimarkistenfront im Werden.

Starhemberg bereits Verhandlungspartner. — Ein umstrittenes Kommuniqué.

Wien, 27. November. (Eigenbericht.) Heute haben den ganzen Tag Verhandlungen zwi-
schen Christlichsozialen und Schöberl über die Rechtsbildung stattgefunden. Um 7 Uhr
abends wurden auch die beiden Heimwehrminister Starhemberg und Hueber den Ver-
handlungen zugezogen.

Ein amtliches Kommuniqué über die Verhandlungen besagt, es sei die grundsätz-
liche Geneigtheit, unter zu vereinbarenden Bedingungen eine parlamentarische Reht-
heit unter Führung der christlichsozialen Partei mit Nationalem Wirtschaftsblock, Landbund
und Heimablock zu begründen, einvernehmlich erklärt worden.

Nun wird zu diesem Abend herausgegebenen Bericht von Seite des Schöberl-
blocks erklärt, das Kommuniqué sei falsch. Es wird darauf hingewiesen, daß die Verhand-
lungen zumindest daran, daß die Heimwehr wieder das Ministerium des Innern verlangt,
noch scheitern dürften.

Der Wortlaut des Kommuniqués ist aber so klar, daß man kaum an seiner Richtigkeit
zweifeln kann. Man wird also abwarten müssen, ob sich das Kommuniqué denn doch nicht
letzt Endes als richtig erweist. Neben die Personalfragen wurde überdies noch nicht ver-
handelt. Es sollen morgen abends erst die Vorstände der einzelnen Klubs darüber beraten.

Was geht in Rußland vor?

IV. Internationale mit Trotski?

London, 27. November. „Daily Express“
berichtet, daß Trotski die IV. Internationale mit
Trotski an der Spitze ins Leben gerufen wurde.
Die erste Aufgabe der neuen Internationale wird
der Sturz Stalins in Rußland und die voll-
kommene Aenderung der heutigen
Politik der III. Internationale sein.

Bauern in blutiger Opposition?

London, 27. November. „Daily Express“
will erfahren haben, daß in Mittel-Rußland,
n. zw. im Gebiet von Orskol, Zusammenstöße
zwischen Soldaten der Roten Armee und bewaff-
neten Bauern stattgefunden haben. Die Bauern,
die mit dem Regime Stalins unzufrieden sind,
sollen in die Wälder und einsam gelegene Dör-
fer geflüchtet sein, überfallen in der Nacht nahe-
gelegene kleine Städte, fallen Sowjetbeamte an
und stecken Amtsgebäude in Brand.

Der Moskauer Hochverratsprozeß.

Die russische „Tsch“ berichtet gestern weiter
ausführlich über die Aussagen Professor K a m i n s k i:
In der zweiten Hälfte des Jahres 1929 sei der
Industriepartei wiederholt mitgeteilt worden, daß
die Organisierung einer Intervention im Jahre
1930 unmöglich sei und daß sie auf 1931 verlegt
werde. Für das Jahr 1931 sei mit einer erheb-
lich geringeren Aktivität Englands, hingegen mit
einer stärkeren Aktivität Frankreichs gerechnet
worden. Schließlich sollte im Jahre 1931 vor der
Intervention eine Wirtschaftskrise in der
Sowjetunion durchzuführen werden, um die Ent-
wicklung der wirtschaftlichen Kräfte der Sowjet-
union zu hemmen. Was den Lohn für die Inter-
vention anbelangt, so erklärte das Handels- und
Industrieministerium, daß es fest für die Unlösbarkeit
Rußlands eintrete und daß die Intervention dem
Lande nicht irgendwie teuer zu stehen kommen
würde. Doch haben frühere Nachrichten von gro-
ßen Gefässen Bolens und Rumantins sowie über
Ereignisse zwischen den Interventionen betref-
fend territoriale Anzweiflungen während der
Auslandreisen anderer Mitglieder der Industrie-
partei Besichtigung gefunden. Was das zweite Ob-
jekt der Intervention — die lausischen Sel-
felder — auf die es die Deterdinggruppe und
später Frankreich abgesehen hatte, anbelangt, so
handelte es sich lediglich um Konzessionen, die

freilich einer Anexion gleichkamen. Man beab-
sichtigte auch, die separatistischen Tendenzen in der
Ukraine und in Georgien auszunutzen. Die Mit-
glieder der Industriepartei noch das Handels- und Indu-
strieministerium Anzweiflungen verbieten konnten. Des-
halb muß ich, sagte Kaminski, trotz der Schwere
dieses Beschlusses sagen, daß wir, indem wir
uns zur Intervention verstanden, auch auf die
Aufstellung des Landes eingingen. Die Diver-
sionsstätigkeit sollte sich in erster Linie im
Gebiet der Kraftwirtschaft abwickeln, denn auf
diese Weise konnte man gleich eine große Anzahl
von Unternehmen außer Betrieb setzen, ohne
ihnen große Beschädigungen zuzufügen, so daß sie
später rasch wieder in Betrieb gesetzt werden
könnten. Es wurde die Forderung der
Ueberland-Kentrale in Moskau, Leningrad
und im Donetzbecken in Aussicht genommen.
Weitgehend wurden jene Militär-Indu-
striebetriebe ins Auge gefaßt, die im
Augenblick einer Intervention außer Betrieb ge-
setzt werden sollten. Zur Wirtschaftspionage ge-
gründete Kaminski, daß in der staatlichen Planwirt-
schaftskommission ausgedehnte Aufstellungen fran-
zösischer Agenten übermitteln wurden.

Am Schluß seiner sechsstündigen Aussagen
sagte Kaminski: „Ich gebe zu, daß die gesamte Last
der Verantwortung für die verbrecherische Tätig-
keit der Industriepartei ihrem Zentralkomitee und
vor allem mir als ideologischem Leiter der Indu-
striepartei und aktivsten Mitarbeiter bei der Vor-
bereitung der Intervention zufallen muß.“

Nach Kaminski legte der angeklagte Ingenieur
L a r i t s c h e f f ein Schuldbekenntnis ab. Laritschew
bestätigte alle von Kaminski mitgeteilten Einzel-
heiten über die Verbindung zwischen dem Han-
dels- und Industrieministerium und Agenten der
Interventionsmächte. Die Finanzierung der In-
dustriepartei wurde nach Laritschew durch fran-
zösische Agenten in Moskau in der Höhe von etwa
einer Million Rubel jährlich vorgenommen. Wäh-
rend seines Aufenthalts in London im Jahre
1928 habe sich Laritschew in einer Unterredung
mit dem Obersten Lawrence davon über-
zeugt, daß sich englische Industriekreise und die
damalige konservative Regierung zustimmend ver-
hielten. Ein weiterer Angeklagter, namens S a -
l i n i k o w, verleiht in seinem Schuldbekennt-
nis, welches mehr als eine volle Stunde in An-
spruch nahm, seiner Neue Ausdruck.

Sodann legte T s c h a r n o w s k i sein Schul-
bekenntnis ab.

Große Beunruhigung in Spanien.

Paris, 27. November. „Petit Parisien“
berichtet aus Madrid: Die Polizei hat in Madrid
überaus umfangreiche Sicherheitsvorkehrungen
getroffen, die unter der Bevölkerung eine große
Beunruhigung hervorrufen. Zahlreiche bewaff-
nete Wachabteilungen zu Fuß und zu Pferde
durchstreifen bei Tag und Nacht die Straßen
Madrids. Samtliche strategisch wichtigen Punkte
der Stadt werden streng überwacht.

Das Innenministerium hat die Gerichte,
die von einer Festnahme des aus der Haft ent-
lassenen Transjordanfliegers, Major Franco,
sprochen, dementiert. Es wurde bloß das
Automobil, mit dem Major Franco aus dem
Gefängnis wegführt, ermittelt und beschlag-
nahmt. Die Blätter behaupten, daß Major
Franco und der andere, mit ihm geflohene Ma-
jor namens Rehen, sich noch immer ständig in
Madrid aufhalten.

Zwei Staatskommissäre für Berlin.

Zur Herstellung des Staatsausgleiches.

Berlin, 27. November. (Eigenbericht.) Der
Oberpräsident von Brandenburg hat heute auf
dem Verordnungsweg zwei Oberregierungsräte
als Staatskommissäre für Berlin ernannt. Die
preussische Regierung hat diese Maßnahmen als
notwendig erachtet, weil die Stadtverordneten-
versammlung zu keiner Beschlußfassung über den
Ausgleich des Staats kommen konnte. Die Staats-
kommissäre sollen die nötigen Maßnahmen zur
Herstellung des Budgetausgleiches durch-
führen. Die Selbstverwaltung der Hauptstadt
wird lediglich für diesen genau umschriebenen
Zweck ausgeschaltet; alle übrigen kommunalen
Ausgaben werden weiter von der Stadtverwal-
tung erledigt werden.

Vor 25 Jahren.

Zum Gedenktage des 28. November
1905

Das Bürgertum des alten Oesterreich
hat seine geschichtliche Rolle, dem Feudalis-
mus mit eisernem Beien hinwegzufegen, nicht
begriffen. Als es nach 1867 zur Herrschaft
gelangte, hat es in einem elenden Wahlrecht
die Macht des Großgrundbesitzes verfestigt
und das Proletariat vom wichtigsten Recht
des Staatsbürgers ausgeschlossen.

Es war daher kein Wunder, wenn un-
mittelbar nach der Wiedervereinigung der
Arbeiterbewegung durch den Parteitag von
Hainfeld schon zu Beginn der neunziger Jahre
eine Bewegung innerhalb der aufsteigenden
Arbeiterklasse einsetzte, um das unerträgliche
Unrecht, vom Wahlrecht und Parlament aus-
geschlossen zu sein, aufzumachen. Aber das
reaktionäre Bürgertum wollte die Vertreter
der Arbeiterschaft um keinen Preis ins Par-
lament hineinschaffen und als es die Regierung
Laaffe 1893 wagte, an die wenigstens teil-
weise Beseitigung des an der Arbeiterklasse
begangenen schweren Unrechts zu schreiten,
verbanden sich alle reaktionären Elemente in
Regierungsmehrheit und Opposition, stürzten
eine Regierung, die 14 Jahre lang Oester-
reich verwaltet hatte, nur um kein einziges
ihrer Privilegien aufzugeben.

Erst im Jahre 1897 wurde den Arbei-
tern das Wahlrecht ins Parlament wenn auch
nicht das gleiche gegeben und mit Recht hat
damals Viktor Adler vom „elenden Pfla-
werf“ einer Wahlreform gesprochen, bei der
55 Millionen Wähler weniger Abgeordnete
wählen durften als 5000 Großgrundbesitzer,
ein Wahlrecht, bei welchem auf einen Abgeord-
neten in der Kurie der fideikommissarischen
Großgrundbesitzer 9 Wähler, auf einen Abge-
ordneten der neugeschaffenen fünften Kurie
75.000 Wähler entfielen. Es war selbstver-
ständlich, daß sich die Arbeiterschaft mit die-
sem Jerrbild eines Wahlrechtes nicht zufried-
ben geben konnte.

Bald nach den ersten Wahlen in die
fünfte Kurie schon wurden Versuche gemacht,
den Kampf um das wirklich demokratische
gleiche Wahlrecht neu aufzunehmen. Aber
jahrelang fand dieser Kampf nicht das not-
wendige Verständnis bei den Massen. Oft
und oft waren die Vertrauensmänner ver-
pörrisch und auf manchen Parteitag gab es
scharfe Auseinandersetzungen, weil manche
Delegierte der Meinung waren, man könne
durch eine lähne List, gleichsam durch eine
politische Injektion den Wahlrechtskampf wie-
der ansuchen. Viktor Adler war im Recht, als
er bei einer dieser Debatten sagte — und es
ist lehrreich daran zu erinnern und aus die-
sen Kämpfen zu lernen — „Wir können un-
möglich fortwährend den Kampf in jener
Siedehitze auf jener Höhe halten, in der er
nur zu gewissen Zeiten bei günstigen Gele-
genheiten heraufgetragen werden kann“. Die
günstige Gelegenheit sollte tatsächlich kommen.

Es waren auswärtige Ereignisse, vor
allem die russische Revolution des Jahres
1905, von welcher der Wahlrechtskampf den
entscheidenden Anstoß erhielt. Unter dem Ein-
druck der gewaltigen Geschehnisse, die sich da-
mals in Rußland abspielten, gerieten die
Massen in Oesterreich und Ungarn in Bewe-
gung. In Ungarn glaubte man in der Demo-
kratie die Waffe gegen den Kleinadel (Gent-
ry) gefunden zu haben, der die Völkervereinigung
von Oesterreich betrieb und am 8. Septem-
ber 1905 hielt der damalige Minister des
Innern Kristoffy eine Rede, in der er
das allgemeine Wahlrecht ankündigte und ein-
mütiges Bekenntnis zur Demokratie ablegte.
Nun wurde die Erregung in Oesterreich noch
größer. „Was der König von Ungarn den Ar-
beitern gibt“, so sagte man damals, „werde
der Kaiser von Oesterreich ihnen verweigern?“
Eine revolutionäre Stimmung der Arbeiter-
schaft griff um sich. Als am 26. September
1905 das oesterreichische Parlament zusam-
trat, hielt Fernerstorfer eine lapidare
Rede, in der er der Dynastie drohte und sagte,
es könnte geschehen, daß der Ruf in der Be-

völlerung erschaffen werde „Fort mit dem Hause Habsburg!“ Die Regierungskreise wurden eingeschüchtern und der Ministerpräsident Sautschak sich zu der Erklärung gezwungen, daß er kein grundsätzlicher Gegner einer Wahlrechtserweiterung sei. Damit aber konnte sich die Arbeiterchaft nicht zufrieden geben. Im Oktober fanden allorts stürmische Versammlungen statt, in denen der Ruf nach dem allgemeinen Wahlrecht erhoben wurde.

Der Gesamtparteitag der Sozialdemokratie aller Nationen Oesterreichs, der am 29. Oktober in Wien zusammentrat, sollte die Entscheidung darüber bringen, welche Waffen die österreichische Arbeiterchaft anwenden müsse, um ihre Lebensforderungen durchzusetzen. Am 31. Oktober hielt Ellenbogen seine von revolutionärem Willen durchglühte Rede, in der er ausrief: „Wir haben genug von dem alten Oesterreich! Wir wollen nicht länger leben in diesem Friedhof alles Großen und Schönen, in dieser Gemeinschaft von Stumpfheit und fauler Gemüthlichkeit.“

Mitten in der Rede des Referenten trat nun ein historischer Zwischenfall ein. Es war ein Telegramm eingetroffen das, wie man bald erfuhr, Nachrichten aus Rußland enthielt. Es war das am 30. Oktober erlassene Manifest des Zaren, in welchem der absolute Selbstherrscher seinem Volk Verfassung und allgemeines Wahlrecht verheißt. Im Bewußtsein einer großen historischen Stunde sangen die Delegierten, nachdem sich die erste Ekstase gelegt hatte, revolutionäre Lieder. Man wußte, der Wahlrechtskampf war in ein entscheidendes Stadium getreten und selbst der kühne, nüchterne, besonnene Viktor Adler rief aus, daß Oesterreich den Arbeitern das Leben so vergällt habe, „daß dieses Leben keine bessere Widmung haben kann, als geopfert zu werden, um den Völkern ein neues Leben, das des Lebens wert ist, zu bereiten.“ Der Parteitag sang in einem Manifest aus, das den Völkern Oesterreichs meldete, die Geduld des Proletariats sei zu Ende und in dem der Rassenstreik angekündigt wurde. Tatsächlich brach Anfang November der Sturm in den großen Städten los. In Prag fiel der erste Tot, am Karlsplatz baute man Barrikaden. Die Krönung fanden alle Kundgebungen der Straße in der gewaltigsten Demonstration, die man bis dahin in Oesterreich gesehen hatte und die heute vor 25 Jahren, am 28. November 1905, die Städte Oesterreichs zu ihrem Schauplatz gemacht hat. In Wien marschieren eine Viertelmillion Demonstranten auf, in Prag 100.000, in den Städten unseres Organisationsgebietes bis zu 50.000. Beim Ministerpräsidenten Gausch erschien eine Deputation und der stolze Venker der Geschicke Oesterreichs mußte sich dazu bequemen, den Vertretern der Arbeiter den Entwurf einer Rede vorzulegen, in der er versprach, einen Gesetzentwurf beinhalten zu lassen, der das allgemeine Wahlrecht dem Abgeordnetenhaus vorzulegen. Diese Rede hatte er tatsächlich wenige Tage später im Wiener Parlament gehalten, im Februar 1906 lag der Gesetzentwurf auf dem Tische der Abgeordneten und nach langem Ringen wurde das Wahlrecht im Abgeordnetenhaus und Herrenhaus beschlossen, 1907

wurde zum erstenmal in Oesterreich nach dem gleichen Wahlrecht gewählt.

So hat das österreichische Proletariat vor 25 Jahren eine der glänzendsten Schlachten geschlagen, die wir aus der Geschichte der sozialdemokratischen Bewegung kennen, es hat mit geradezu klassischer taktischer Geschicklichkeit unter der klugen Führung Viktor Adlers einen entscheidenden Feldzug gewonnen. Die richtige Stunde erfassend haben Oesterreichs Arbeiter damals den Generalanmarsch gewagt,

Die Gemeinden können wieder freier atmen!

Annahme der Finanzvorlagen im Senat. — Rede des Genossen Rehl.

Prag, 27. November. In der Debatte zur Gemeindefinanznovelle und den beiden Steuervorlagen sprachen heute im Senat 15 Redner, davon sieben Deutsche.

Vorher hatte noch der tschechische Genosse Rodrazel als letzter Referent zur Einkommensteuer auf das auffallende Sinken der Erträge dieser Steuer mit dem Inkrafttreten der Steuerreform hingewiesen. So kam im Jahre 1929 nur ein Drittel der ohnedies gering geschätzten Budgetziffer ein. Der Motivenbericht brachte für diese auffallende Erscheinung nicht die nötige Aufklärung.

Herr Feiersfel (D. Christlichsoz.) sucht der Koalition und namentlich den deutschen Sozialdemokraten so ziemlich alles Elend anzulasten, das sich im Gefolge der Wirtschaftskrise überhaupt nur bemerkbar macht; er wird jedoch von unseren Genossen gleich an Ort und Stelle durch Zwischenrufe entsprechend gedämpft. Den Höhepunkt der Demagogie erreicht wohl seine Behauptung, das feinerzeitige Gemeindefinanzgesetz habe die Rettung (!) der Gemeindeautonomie bedeutet, welcher Grundgedanke der Novelle verfallen werde. (Großer Widerspruch bei den deutschen Sozialdemokraten.) Auch er verschaut sich hinter die billige Ausrede, daß nicht das Gesetz, sondern nur dessen Durchführung versagt habe.

Ihm tritt sofort

Genosse Rehl

entgegen, der die Sünden des alten Bürgerblods und namentlich der Christlichsozialen an der Selbstverwaltung entsprechend beleuchtet und die fadenheime Klerikale Demagogie entlarvt. Rekriminationen an jene Zeiten, als die Klerikalen noch das Gesetz als einen Segen für die Gemeinden hinstellten, dämpften alsbald den Eifer Hingeweiher, der anfangs mit Zwischenrufen die Situation retten zu können glaubte.

Genosse Rehl erklärt an die Adresse, namentlich der deutschen Christlichsozialen, daß das Bürgertum am wenigsten Ursache habe, bei der vorliegenden Novelle die Empfinden oder

Verlust zu spielen, denn gerade die Bürgerlichen waren es, die die nach dem Krieg in Trümmer liegenden Gemeinden im Stich gelassen haben. Auch wir haben uns nicht gegen eine Reform der Gemeindefinanzien gewendet, da die alten gesetzlichen Bestimmungen vielfach unhalbar waren, aber als 1927 die Vorlage eingebracht wurde, haben wir mit aller Entschiedenheit auf die Folgen hingewiesen, die mit ihrer Durchführung prompt eingetroffen sind. Aber man hat damals unseren Warnungen kein Gehör geschenkt und die deutschen Christlichsozialen hatten nur ein Wohlgefallen für uns übrig. Die Ordnung, die Sie (zu den Christlichsozialen gemeint) damals in den Gemeindefinanzien gemacht haben, ist eine Ordnung, wie sie ein Elefant macht, wenn man ihn in einen Porzellankasten läßt! Die Gemeinden sind

das feudale Wahlrecht beseitigt und die Schlacht siegreich geschlagen. Unsere Generation hat sicher allen Grund sich an diesem heroischen Kampf ein Beispiel zu nehmen. Auch unsere Aufgabe ist es, im gegebenen Moment dem geschichtlichen Fortschritt Bahn zu brechen und wir können uns unserer Väter nur würdig erweisen, wenn wir alle jenen demokratischen und sozialistischen Notwendigkeiten zum Siege verhelfen die unsere Zeit von uns verlangt.

einfach ruiniert, die Ansätze sozialer Forderung restlos zum Verschwinden gebracht worden (Hingeweiher: Das war die Schuld des Dr. Engliš!). Das Gesetz wurde wirklich dem Geiste nach gehandhabt, in welchem es geschaffen wurde, und alles Gerede, es sei von den Beamten sabotiert worden, ist ein Unsinn. Es war schlimm genug, was in dem Gesetz drinnen stand und was die Beamten ausführen mußten.

Die Herren, die uns heute kritisieren, vergessen, daß gerade ihre ehemaligen Koalitionspartner unseren weitergehenden Verbesserungsansichten den größten Widerstand entgegensetzten.

So daß die Novelle nicht so ansieht, wie wir es wünschen. Die Opposition hat recht, die Vorlage ist ein Mißwerk, aber man kann heute nicht an die eingehaltene Regelung schreiben, weil noch nicht alle damit zusammenhängenden Vorfragen definitiv gelöst sind.

Das Limit ist um 50 Prozent erhöht worden und der Herr Finanzminister glaubt, daß die Gemeinden damit ihr Auslangen finden werden. Wir begrüßen diese geschaffenen Erleichterungen, wenn sie auch keine ausreichende Hilfe bringen.

Die Hauptsache aber ist, daß die unzulässige Behandlung der Gemeinden durch die Oberbehörden aufhört.

Eine große Erleichterung bringt auch die Festsetzung einer Frist, innerhalb der die Oberbehörden die Voranschläge erledigen müssen, wenn sie nicht automatisch in Rechtskraft erwachsen sollen. Das war bisher auch ein Mittel, mit dem man die Gemeindevertretungen ganz nach Belieben paralysieren konnte.

Am herzlichsten begrüßen wir es aber als unseren Erfolg, daß das Recht der Oberbehörden verschwindet, die Gemeinden zur Einführung bestimmter Abgaben einfach zwingen zu können.

Diese Abgaben haben sich ja immer nur gegen die arbeitenden Schichten ausgewirkt. Daß den Gemeinden die Aufnahme von Darlehen wieder leichter gemacht wird, braucht keinen Anstoß zu Befürchtungen zu geben, daß die Gemeinden leichtsinnig wirtschaften werden.

Die Herabsetzung der Hauszinssteuer wird den Gemeinden wohl einen kleinen Anfall bringen; doch können jene Gemeinden, die das Limit nicht erschöpfen, den Anfall durch die Umlagerung wieder hereinbringen; was die Hausbesitzer an Hauszinssteuer weniger zahlen, werden sie dann mehr an Umlagen bezahlen müssen; die Gemeinden, die die Limitgrenze erreicht haben, können den Anfall durch eine entsprechende Anfordern an den neuen Fonds der Landesvertretung decken.

Redner protestiert weiter dagegen, daß man durch Einstellung von Anlagengeldern für Kirchengebäude in das ordentliche Gemeindebudget indirekt auch Konfessionslose zu Beiträgen für Kirchengebäude

zwingt, obwohl die Gemeindeordnung ausdrücklich erklärt, daß Kultusaufgaben nur von den Angehörigen der Pfarrgemeinde getragen werden dürfen.

Den Christlichsozialen

bringt er in Erinnerung, wie ihr Herr Krumpke und andere feinerzeit das Gemeindefinanzgesetz vertheidigt und als „Segen“ für die Gemeinden hingestellt und die schlimmen Folgen nur auf die Sabotage des Gesetzes durch die Beamten der Landesverwaltung abgewälzt haben. Wenn Herr Krumpke jetzt die Novelle als „Attentat auf die Wirtschaft“ bezeichnet, dann frage ich, was dann eigentlich die Steuerreform bedeutet, durch die allein vier Banken die Steuern um 41 Millionen herabgesetzt wurden? Und für dieses Gesetz haben doch unsere Merkanten gestimmt! Durch alle diese Reden klerikaler Parlamentarier klingt eben nur der Haß gegen die Sozialdemokraten durch, die mit die Ursache waren, daß sie aus der Koalition hinausgeschleht wurden. Werden die Herren denn nicht, wie sie sich lächerlich machen?

Daher die vorliegende Novelle uns noch lange nicht befriedigt, werden wir doch für sie stimmen in der Hoffnung, daß die Zeit kommen wird, wo wir in dieser Beziehung für die Gemeinden noch mehr werden tun können. (Beifall.)

Als später Kofka (Arbeitsgenossenschaft) zur Erwerbssteuer ausführlich Stellung nahm, erbat sich sofort Finanzminister Engliš das Wort und setzte sich mit Kofka auseinander. Er ging dabei namentlich auf die Frage der Besteuerung der Arbeiter ein und zeigte auf, wie bisher die Veräußerungen der Steuerhinterziehungen verwendet wurden. Ein etwaiger Verlust wurde doch wieder aus dem Reingewinn und nicht aus der Veräußerung gedeckt und so die Steuerbasis zum zweitemal verringert. Auch die Möglichkeit der Abänderung bezüglich der sogenannten Holding-Aktien wies er an. Einem bestimmten Regelung der Gemeindefinanzien stünden vor allem ungelöste Kompetenzfragen auf humanitärem Gebiet, hinsichtlich der Straßen, Schulen usw. entgegen. Im Ministerium werde eine ständige Kommission eingerichtet, die die wissenschaftlichen Grundlagen für die definitive Regelung schaffen soll. Man müsse also eine gewisse Geduld haben. Vor allem dürfe man nicht die Selbstverwaltung gegen den Staat auspielen; der demokratische Staat sei lediglich der Höhepunkt der Selbstverwaltung.

Alle zur Debatte stehenden Vorlagen wurden schließlich in beiden Lesungen unverändert angenommen, ebenso zwei Resolutionen, von denen die eine die Regierung auffordert, bei der Wählerzuteilung die Wünsche der Selbstverwaltungskörper zu berücksichtigen, während die zweite verlangt, daß bei Zuteilungen zur Deckung des Budget-Defizits in erster Linie die kleineren Gemeinden berücksichtigt werden sollen, in denen sich in der letzten Zeit eine regere Bewegung entfaltet.

Endlich wurde noch nach kurzer Debatte die Verlängerung eines ungarischen Gesetzentwurfes beschlossen, auf Grund dessen im Jahre 1932 gewisse bis Ende 1930 begrenzte Ausnahmeverfügungen vom Standpunkt der Unifizierung neu geregelt wurden. Die diesbezüglichen Bestimmungen über die Pressezensur und über das Standrecht, die erst im Rahmen des neuen Verfassungsgesetz, bezw. der neuen Strafgerichtsordnung definitiv gelöst werden können, werden bis Ende 1933 verlängert.

Nächste Sitzung Dienstag, den 2. Dezember, um 16 Uhr. Tagesordnung: Staatsrechnungsabschluss für 1929 und Jubilantien.

Billo, Sohn von Wotan

Von J. O. Curwood.

(Copyright by Dranchke Verlagshandlung, Stuttgart.)

Er fluchte laut auf Pierrot, denn dieser stand ihm im Wege. Pierrots Vater war ganzer Franzose, Pierrot nur Halbfranzose und Repeese nur eine Viertelfranzösin. Obwohl sie sehr schön war, hätte er schwören können, daß nicht mehr als ein oder zwei Tropfen Indianerblut in ihren Adern flossen, und wenn sie eine Vollblutindianerin — ein Chippewagon, eine Cree, Ojibway oder eine Dog Rib oder von sonst einem Stamm — gewesen wäre, hätte ihn das nicht im mindesten gestört. Er hätte sie zur Frau genommen, und Repeese wäre ihm in seine Blockhütte gefolgt, wie Marie vor sechs Monaten. Aber dieses verfluchte Französisch! Pierrot und Repeese waren wohl verschieden, und doch — er lächelte grimmig und seine Hände schlossen sich noch härter. War seine Macht nicht stark genug? Würde Pierrot es wagen, Widerstand zu leisten?

McZaggart überflog noch einmal die Aufzeichnungen, die er sich gemacht hatte. Pierrots Jagdgebiet, das ihm auf Grund des Gewohnheitsrechts im Urwald als sein Eigentum gehörte, war äußerst wertvoll. In den letzten sieben Jahren hatte Pierrot durchschnittlich tausend Dollar im Jahr an seinen Fellen verdient, denn McZaggart konnte Pierrot nicht so sehr betrügen wie die Indianer. Tausend Dollar im Jahr! Das würde sich Pierrot wohl zweimal überlegen, bevor er so etwas waggibt. McZaggart sicherte, als er das Papier mit den Zahlen zerkrümelte und sich anschickte, das Licht zu löschen. Unter dem zottigen Haar glühte sein rotes Gesicht von dem Feuer, das in seinen Adern brannte. Es war ein unangenehmes Ge-

sicht, wie Eisen, hart, unbarmherzig, mit dem Blick, der ihm den Namen „Kopao Weikoo“ eingetragen hatte. Seine Augen funkelten, und er atmete rasch auf, als er das Licht löschte. Er sicherte wieder und suchte im Dunkeln den Weg zur Tür. Repeese sah ihm so gut wie sicher. Er wird sie schon bekommen und wenn es Pierrots Leben kostete, ja — warum denn nicht? Alles ist ja so einfach. Ein Schuß auf einsamer Jagd, ein einziger Dolchstoß — wer wird es erfahren? Wer wird erraten, wo Pierrot hingegangen ist? An allem wird Pierrot selber schuld sein. Das letzte Mal, als er Pierrot gesehen hatte, hatte er ihm den ehrenbaren Vorschlag gemacht, er wolle Repeese heiraten. Jawohl, heiraten, das hatte er Pierrot gesagt. Er hatte ihm auch angedeutet, daß er ihm den doppelten Preis für seine Felle bezahlen wolle, wenn er einmal sein Schwiegervater sei. Pierrot hatte ihn aber daraufhin wie entgeistert angefaßt, wie einer, den ein Steinerschlag betäubte. Also ist, wenn McZaggart Repeese nicht ohne jeden Widerstand bekommt, Pierrot selbst an allem schuld. Morgen wird er sich auf den Weg machen und amnertag wird Pierrot eine Antwort für ihn bereit haben. Wush McZaggart lächelte ein drittesmal und ging dann zu Bett. Marie zitterte. McZaggart aber sagte sich, daß die Antwort für Pierrot Leben oder Tod bedeutet.

Erst am Tag vor der Ankunft McZaggarts erzählte Pierrot Repeese von dem, was zwischen ihm und dem Fremdhändler in Lac Bain vorgefallen war.

Das ist ein Tier — ein Teufel in Menschengestalt,“ sagte Pierrot, als er zu Ende war. „Aber wollte ich dich dort draußen wissen,“ sagte er und zeigte nach der hohen Tanne, unter der die Mutter begraben lag.

Repeese hatte nicht einen Ton verstanden lassen, aber ihre Augen waren dunkler und noch dunkler geworden und in ihren Wangen pochte

das Blut, wie es Pierrot noch nie gesehen hatte. Sie stand auf, als er ausgesprochen hatte, und kam Pierrot jetzt viel größer vor, noch nie hatte sie so fraulich ausgesehen; Pierrots Augen umgab ein schwarzer Schatten der Furcht und der Unruhe, als er sie beobachtete, wie sie nach Norden und Westen, in die Richtung von Lac Bain starrte. Sie war herrlich anzusehen, ein zierliches, mädchenhaftes Weib, das er nieher als seinen Gott verehrte. Ihre Schönheit verwirrte ihn. Er hatte den Blick in McZaggarts Augen gesehen, das Beden in seiner Stimme gehört, und der listerne und tierische Zug in seinem Gesicht war ihm nicht entgangen. Zuerst war Pierrot ganz erschrocken; jetzt aber war aller Schrecken überwunden. Er war nur beunruhigt und hatte seine Hände fest zur Faust geballt. In seinem Herzen spürte er ein zehrendes Feuer. Endlich wandte sich Repeese um und setzte sich wieder ihrem Vater zu Füßen. Pierrot legte ihr eine seiner runden Hände auf das Haar, das tat er gerne. Er liebte es, die seidnen Flechten durch seine Finger gleiten zu lassen.

„Morgen kommt er, Liebling,“ sagte er, die Augen auf die blutrot untergehende Sonne gerichtet. „Was soll ich ihm sagen?“

Repeeses Lippen waren rot und ihre Augen glänzten. Sie schaute oder nicht zu ihrem Vater auf.

Nichts, Väterchen, außer daß er zu mir kommen müsse, nur zu mir, wenn er mich will.“ Pierrot beugte sich über sein Kind und sah es wieder lächeln. Die Sonne verschwand hinter dem Horizont, und mit ihr sank sein Herz schwer wie Blei.

Lager für die Nacht auf. Nur dreißig Kilometer des Reiseweges konnten mit dem Kammerzug zurückgelegt werden, und da McZaggart die letzte Strecke des Weges ohnedies zu Fuß zurücklegte, war das Kampieren eine einfache Geschichte; einige Bäume, eine leichte Decke und ein kleines Feuer war alles, was er benötigte. Bevor er das Abendessen bereitete, zog er eine Anzahl Schlingen aus Kupferdraht aus seinem kleinen Gepäck und verbrachte die nächste halbe Stunde damit, diese Schlingen in den Rankengängen auszulegen. Auf diesem Weg sich Fleisch zu sichern, war weniger anstrengend, als wenn er bei heiligem Wetter untertags ein Gewehr getragen hätte. Dabei war dieser Weg noch sicherer. Bei sechs Schlingen war auf mindestens drei Kaninchen zu rechnen und sicher war eines dieser drei für die Brautfrau jung und zart genug. Als McZaggart die Schlingen gelegt hatte, setzte er Schinken aufs Feuer und begann Kaffee zu kochen.

Von allen Fleischgerichten dringt der Schinkengeruch am weitesten, auch bei Windstille. Er schwebt auf eigenen Schwingen hinaus in die Welt. In einer windstillen Nacht wird ihn ein Hund noch in fünfzehnhundert Meter Entfernung wittern, und aus doppelter Entfernung, wenn ihn der Wind fortträgt. Dieser Schinken duftete Billo in die Nase, als er in seiner Vertiefung auf dem Viberdamm lag, er wurde von einem leichten, aber beständigen Wind getragen, der nach der heißen Sonne des Tages föhlich erfrischte. Nach einiger Zeit erhob sich Billo und suchte schnüffelnd die Richtung, aus welcher der neue Geruch herkam. Seit seinem Erlebnis in der Schlucht und dem Tod des Vaters war es ihm nicht sonderlich gut ergangen. Die Vorsicht hatte ihn in der Nähe des Teiches festgehalten, und so hatte er fast die ganze Zeit nur von Krebsen gelebt.

(Fortsetzung folgt.)

Ist das politische Vernunft?

Man wirft den Juden vor, daß sie einen guten politischen Instinkt besitzen. Man wird diese Meinung, die für die Juden spricht, korrigieren müssen. Dem „Prager Tagblatt“ vom 23. d. M. lag ein Aufruf der jüdischen Partei in der C. S. R. bei, der sich an die Juden mit der Aufforderung richtet, sich bei der Volkszählung zur jüdischen Ration zu bekennen. Wird es schon an und für sich schwer sein, den Nachweis zu führen, daß es in der C. S. R. eine jüdische nationale Minderheit gibt, weil ja das entscheidende Merkmal der Nationalität, die vollkommene Kenntnis der jüdischen Sprache und deren Gebrauch in der Familie wie in der Öffentlichkeit fehlt, so ist das, was die jüdische Partei hier beabsichtigt, politisch genommen, nicht nur vollkommen sinn- und zwecklos, sondern auch in nationalpolitischer Beziehung gerade in diesem Staate geradezu eine Gefahr.

Gewiß, das freie Recht der Selbstbestimmung steht auch den Juden, wie jeder anderen Minderheit zu. Nur muß sich damit auch ein Zweck verbinden, der einen Sinn hat. Eine Statistik über die Anzahl der Juden kann aber doch unmöglich in diesem Zusammenhange ein lohnender Zweck sein. Singsagen aber kann es geschehen, daß durch die Befolgung dieses Aufrufes in mancher Gemeinde und in manchem Bezirke keine qualifizierte Minderheit von 20 Prozent zustande kommt und ohne daß den Juden daraus auch nur der geringste Vorteil erwächst, der nationalen Minderheit ihre sprachlichen Rechte verloren gehen.

Das mögen die Juden bedenken, ehe sie den Rat der jüdischen Partei befolgen.

Wie man Anklageschriften iabriziert.

Zum neuen Schädlingprojek.

Im Mitteilungsblatt der Russischen Sozialdemokratie lesen wir:

Auf den 25. November hatte die Sowjetregierung die Eröffnungsverhandlung in dem großen Moskoprozess gegen eine Anzahl von angeblichen „Schädlingen“, der unter der Stichworte Prozeß gegen die „Industriepartei“ läuft, angeführt. Die Anklageschrift wirft den Angeklagten vor, von denen die Mehrzahl von den Beschuldigten bereits eingestanden worden sein sollen. Unter diesen Verbrechen, die die „Schädlinge“ verübt haben sollen, wird auch die Führung eines mit russischen Emigranten aus dem Pariser „Handels- und Industrieverband“ angeführt.

Die Meinung dieser Pariser Emigrantenorganisation befreit in der Pariser Presse auf das entschiedenste, irgendwelche Beziehungen mit den Angeklagten unterhalten zu haben. Das freilich braucht für jene, die den „amtlichen Dokumenten der Regierung eines großen Landes“ voll vertrauen, nicht gerade überzeugend zu sein. Und die Sowjetregierung selbst hat es leicht, sich auf das hartnäckige Leugnen abgefeimter Gegenrevolutionäre herauszureden. Für ist aber ein schlimmeres Malheur passiert. Wie es im Ueberreifer des Falles schon einmal vorkommen kann, haben auch die staatsamtlich-funktionären der Sowjetregierung die Grenze überschritten, jenseits deren jede Glaubwürdigkeit aufhört.

In dem Wortlaut der Anklageschrift heißt es, daß der Angeklagte Kaminin angeben habe, einen der Führer des Industrie- und Handelsverbandes P. Rjabuschinski „zwischen dem 5. und 10. Oktober 1928 in Paris gesehen und sich mit ihm beraten“ zu haben. Indes ist der genannte Rjabuschinski am 19. Juli 1924 in Campbean gestorben und auf dem Friedhof in Watlingholles beigesetzt worden. Ferner: die Anklageschrift beschuldigt die Angeklagten, im Jahre 1927/28 den Plan entworfen zu haben, für den Fall des Sturztes der Sowjetregierung den Posten des Finanzministers mit N. Wschnegradski zu besetzen. Indes ist Wschnegradski bereits am 9. Mai 1925 gestorben und auf dem Vere-Lachaise-Friedhof beigesetzt. So weit die Feststellungen der in Paris erscheinenden russischen demokratischen Zeitung.

Für ein unabhängiges Gericht würden diese beiden Fälle genügen, damit das ganze Verfahren der Untersuchungsbehörde und mithin auch das ganze Material der Anklageschrift in Zweifel gezogen würde. Von dem Moskauer Gericht wird man das freilich nicht erwarten dürfen.

Die Abrüstungskomödie in Genf.

Genf, 26. November. Im vorbereitenden Abrüstungsausschuss wurde heute die von einem Unterausschuss vorgeschlagene Bestimmung über die Einsetzung einer Kontrollkommission angenommen. Diese Kommission soll die Aufgabe erhalten, über die Durchführung der Abrüstungskonvention zu wachen. Von verschiedenen Staaten, insbesondere von China, wurde die Befürchtung ausgesprochen, daß diese Kommission einseitig zusammengesetzt werde. Ferner hat der Ausschuss einigen Vorbehalten zugestimmt, von denen der wichtigste ist, daß jeder Staat das Recht erhalten soll, die Bestimmung der Abrüstungskonvention für sich außer Kraft zu setzen, wenn „durch eine Verringerung der Abrüstungskonvention eine Bedrohung seiner nationalen Sicherheit“ eintritt. Eine Verringerung des zur Verfügung stehenden Mannschafbestandtes in Folge Geburtenrückganges soll nach einem vom Ausschuss angenommenen Antrag zur Ueberwindung der in der Konvention festgelegten Zahl über Dienstzeit und effektive Bestände be-

Unjere kulturellen Forderungen.

Rede des Genossen Müller in der Budgetdebatte.

Wittwoch nachts hielt Genosse Müller im Rahmen des kulturellen Teils der Budgetdebatte eine längere Rede, in der er sich mit den verschiedenen Problemen, die hier gerade für uns deutsche Sozialdemokraten von großer und prinzipieller Bedeutung sind, ausführlich auseinandersetzte. Er führte u. a. aus:

Die Kosten für Kultur- und Gesundheitswesen entsprechen keineswegs den zu stellenden Ansprüchen. Beim Schulwesen müssen wir als deutsche Sozialdemokraten

an die Spitze unsere alte Forderung nach Schulautonomie

stellen, für die wir immer und immer wieder eintreten werden. Wir hoffen nur, daß die Aufhebung des Schulministeriums Deter in seinem Epizöe endlich greifbare Formen annehmen wird. Wohl ist in der letzten Zeit ins Schulministerium ein neuer Geist eingezogen, aber leider nicht in die unterstellten Schulbehörden. Namentlich im Landesschulrat wird jede Schulfrage in echt bürokratischer Weise verschleppt.

Um überall die modernen Grundsätze des Schulministeriums zum Durchbruch zu bringen, fordern wir den demokratischen Umbau der Landes- und Bezirkschulräte und der Schulleitungen.

Wir verlangen vor allem die Durchführung einer allgemeinen Schulreform mit dem Ziel der Arbeitsschule.

Darauf ist auch die Vervollständigung einzustellen, wo ein radikaler Bruch mit alten Gewohnheiten nötig ist. Nicht nur durch die Gemeinden, sondern auch vom Schulministerium selbst

wäre die Schullerfürsorge auszubauen,

die sich auch auf die kostenlose Beistellung der Lehrmittel und auf die Ansperrung armer Kinder zu erstrecken hätte.

In den Mittelschulen ist die körperliche Ausbildung schon ziemlich einwandfrei, die Volk- und Bürgerschulen sind diesbezüglich noch sehr vernachlässigt. Trotzdem werden aber Turnvereine, die das in der Schule Versäumte in ihrem Wirkungsbereich nachholen wollen, von den Schulbehörden alle möglichen Schwierigkeiten in den Weg gesetzt, namentlich wenn es Arbeiterturnvereine sind. Wir möchten an den Herrn Schulminister die Bitte richten, daß er diese Schullerunterlässe einer gründlichen Revision unterzieht.

Noch immer gibt es kein Gesetz, das die Rechtsverhältnisse der Kindergärten regeln würde. Wir wünschen, daß in der Schule alle modernen Errungenschaften der Wissenschaft und Technik, Rundfunk, Lichtbild und Kino, zur Anwendung kommen. Namentlich in die Mittelschule muß zu einer Stelle freier Staatsbürgerergänzung werden, deren Besuch allen Schülern ermöglicht werden muß. Dasselbe wünschen wir bezüglich der Universitäten. Auch hier gilt: „Weg mit dem Besipprivilegium!“

Der Vorschlag des Gesundheitsministeriums ist ebenfalls verhältnismäßig viel zu gering dotiert. Die Erhöhung um 10 Millionen bleibt illusorisch, weil in Zeiten sozialer Not die Gesundheit und das Leben der Bürger viel mehr gefährdet ist als in normalen Zeiten. Hier helfen nicht theoretische Abhandlungen, nicht Studien und Equeten, sondern praktische Arbeit ist die Hauptsache.

Samstag Budgetabstimmung.

Prag, 27. November. Der vierte Tag der Budgetdebatte brachte den Abschluß der Aussprache über Kultur- und Sozialpolitik. Am Abend ging das Haus dann in die Erörterung der wirtschaftlichen Gruppe ein. Nach den Dispositionen des Präsidiums, die am Nachmittag in einer Sitzungspause getroffen wurden, soll die Debatte im Laufe des Freitag zu Ende geführt werden. Samstag vormittag wird der Generalbericht erstatter sein Zustuhwort halten. Die anschließende Abstimmung dürfte sich infolge der vielen hundert Änderungsanträge bis in die Nachmittagsstunden des Samstag hinausziehen. Am selben Tag wird auch die bereits bekannte Umsatzsteuer-Novelle angesetzt und zugewiesen werden, die auf die Tagesordnung der nächsten Hausung am 4. Dezember kommt. In der übernächsten Woche ist die Verablichung des Alimentationsgesetzes und zweier kleinerer Vorlagen vorgesehen.

Die Wirtschaftsminister verhandelten heute über Maßnahmen zur Verbilligung des landwirtschaftlichen Kredits, ohne daß es zu einer abschließenden Vereinbarung gekommen wäre. Ebenso ist der angekündigte 150 Millionen-Kredit und die Meliorationsvorlage noch in Schweben.

Im Laufe der heutigen Debatte befahte sich Genosse Häusler mit dem Kapitel „Soziale Fürsorge“ und stellt mit Befriedigung eine Erhöhung der Budgetsumme um 90 Millionen fest. Er schil-

der allgemeine Gesetgebung muß die Voraussetzungen für ein gesundes Leben, für ein gesundes Wohnen, für genügend freie Zeit schaffen.

Die sozialen Krankheiten haben bei uns leider im letzten Jahre keinen Rückgang aufzuweisen; jeder achte Todesfall hat seine Ursache in der Tuberkulose. Mit 10,5 Millionen läßt sich eine durchgreifende Bekämpfung solcher Volkskrankheiten allerdings nicht durchführen. Da mühte man wenigstens die Arbeit der verschiedenen Hilfsvereine, die sich dasselbe Ziel gesetzt haben, auf das tatkräftig unterstützen. Rechner tritt dann dafür ein

die soziale Stellung des Pflegepersonals der Krankenhäuser zu festigen,

die Pflegerinnen vor allem nicht als Sklavinnen zu behandeln, wie im Schwesternhaus in Prag, wo die Pflegerinnen in ihrer freien Zeit nur gegen einen bescheidenen Erlaubnischein den Ration des Krankenhauses verlassen dürfen. Auch die soziale Stellung der Geburtshelferinnen und ihre Vorbildung muß gehoben werden. Es wird nötig sein, für die Kononenteinstellungen zu schaffen und ihnen so eine wirtschaftliche Sicherstellung zu bieten. Sehr viel zu tun ist auch noch auf dem Gebiete der Sozial- und Gewerbehgiene, namentlich hinsichtlich der Betreuung der Jugendlichen.

Auch die Frage der Bekämpfung der Bergkrankheit in Jochimsbühl muß einmal in ein anderes Stadium treten. Es müssen sofort Maßnahmen getroffen werden, um das Leben und die Gesundheit dieser Arbeiter noch Möglichkeit zu schaffen.

Die Mittel, die dem Gesundheitsministerium für die körperliche Erhaltung zur Verfügung stehen, sind ein Papierstück, ganze 2.830.000 Kronen. Aber wenigstens die Verteilung dieser Subventionen sollte unter Mitwirkung jener Verbände vor sich gehen, die eine gewaltige Arbeit auf diesem Gebiete leisten. Traditionelle Vorrechte bestimmter Organisationen müssen da aufhören. Ein paar Professionsvereine repräsentieren schließlich nicht allein unsere Körperkultur und unseren Sport! Im Ausland sollte unser Sport ganz anders repräsentiert werden, nämlich so, wie es unsere Arbeiterportvereine in Frankfurt, Wien und Prag getan haben, wo Hunderttausende nicht Redner, sondern Kampfsportler

seligen. Unter kulturell äußerst tätiger Arbeitssport wird für seine Tätigkeit aber eher noch bestraft, da die Stenerverwaltungen massenhaft Anlauf finden, den Vereinen Unbarkeitsteuer, Luxussteuer, Gebühren von Amishandlungen uhn. aufzuerheben. Das ist die staatliche Unterstützung der Leibesübungen!

Bei den angeklagten Vorlagen über die Schaffung von Turn- und Spielplätzen, die Gründung einer Turnlehrerbildungsanstalt und über die allgemeine Sportpflicht werden wir dem Ministerium dabei gern behilflich sein, daß nicht etwa die vormilitärische Erziehung, die der Offiziersverband so sehr propagiert, auf Umwegen hineingeschmuggelt wird. Wenn Schul- und Gesundheitsministerium aber auf dem Gebiet der Körperlichen Erhaltung moderne Bahnen beschreiten, so werden wir unsere tatkräftigste Kritik nicht versagen! (Beifall.)

bert die wachsende Arbeitslosigkeit auf allen Gebieten, die namentlich jetzt vor Winterbeginn katastrophal zu werden droht, und verlangt rasche und ausgiebige Hilfe. Wir kommen auf seine Ausführungen noch ausführlicher zurück.

Hodina (B. d. L.) wendet sich entschieden gegen die Volkszählungsprozeß der Behörden, namentlich gegen die sehr idyllische Uebergehung deutscher Zählungskommissäre und Revisoren auch in rein deutschen Gegenden.

Genossin Jurnickova (sp. Soz. Dem.) plädiert für die endliche Abschaffung des § 144, was später den Tschedjtschikalern Ruzsice zu einer geharnischten Protestrede gegen die heutige Unmoral im allgemeinen und die Fruchtabtreibungen im besonderen veranlaßt. Er hört erst auf, als er durch einen Zwischenruf darauf aufmerksam gemacht wird, daß auf der Galerie eine ganz höhere Töchterchule ist.

Später hielt Herr Hajn eine sehr aggressive Rede, wobei er auf die Wehrhaftigkeit der Jugend und die Entfaltung eines kriegerischen Geistes in der Armee das größte Gewicht legt. Bei der bloßen Erwähnung einer Schulautonomie für die Deutschen kriegt er förmlich Krämpfe. Ebenso bedauert er, daß heute nicht etwa Rußisch, sondern Deutsch Pflichtgegenstand an den tschechischen Mittelschulen ist. Selbst antimilitärische Ausfälle gegen die Ausländer an hiesigen Universitäten und den Ruf nach dem Kuperus clausus muß man sich anhören.

Katastrophe oder Kompromiß?

Der Konflikt im englischen Bergbau.

London, 27. November. „Daily Mail“ schreibt in ziemlich pessimistischem Sinne über die Frage der Lösung des Bergarbeiterkonfliktes. Sollten die Bergarbeiter in letzter Stunde den Antrag ihrer Arbeitgeber betrefis der Festsetzung der Wochenarbeitszeit auf fünf Tage zu acht Stunden täglich ablehnen, sind kommenden Montag 400.000 Bergarbeiter arbeitslos, und der Staat wird vor die

größte Industriekrise seit dem Jahre 1926 gestellt. (Bisher haben die Arbeiter diesen Vorschlag grundsätzlich abgelehnt.)

Demgegenüber schreibt der konservative „Daily Telegraph“, daß gestern in informierten Kreisen ein starker Optimismus vorherrschte und daß es fast sicher sei, daß es im Verlaufe der heutigen Verhandlungen zu einem freundschaftlichen Kompromiß kommen werde.

Auruf der Freidenker.

Genossen! Freidenker!

Kommunistische Führer haben die Internationale proletarischer Freidenker gespalten. Obwohl der 4. Kongreß in Bodenbach die Mandate der kommunistischen Opposition (Rußland, Polen und Belgien) anerkannt hatte, obwohl der Kongreß auf unser Eingreifen hin seine Bereitwilligkeit zeigte, über die Wiederannahme jener Verbände, die ihren finanziellen und ideologischen Verpflichtungen der Internationale proletarischer Freidenker gegenüber nicht nachgekommen waren und deshalb ausgeschlossen wurden, zu verhandeln, verließen dennoch die Delegierten der Sowjetunion, Polens und Belgiens nach Abgabe einer wohl vorbereiteten Deklaration die Kongreßberatungen und stellten sich damit außerhalb des Bodens der Internationale proletarischer Freidenker. Durch diese Handlungsweise haben die kommunistischen Führer in einer Zeit, wo die vereinigten Klassengegner mit noch nie dagewesener Wut gegen das Proletariat anstürmen, das größte Verbrechen begangen, dessen sich Proletarier schuldig machen können, das Verbrechen der Defektion vor dem Klassenfeinde.

Unser Bund, der stets für die Einheit der proletarischen Freidenkerbewegung eingetreten ist, erklärt feierlich, daß er sich frei von jeder Schuld an der Spaltung der Internationale proletarischer Freidenker, daß er nach wie vor alle, die sich zu seinen Grundsätzen bekennen, die in unserem Bunde positive und produktive Arbeit leisten wollen, in seinen Reihen willkommen heißt. Aber ebenso erklären wir, daß wir alle Versuche, unsere ohnehin so schwierige Arbeit zu führen, aus irgendwelchen Motiven heraus unproletarische und unrednerische Tendenzen in unsere Organisation hineinzutragen, im Interesse der proletarischen Freidenkerbewegung und des Klassenkampfes nicht mehr zu dulden gewillt sind. Eine sogenannte „revolutionäre Opposition“, deren Tätigkeit sich in einer durchaus unfruchtbaren Kritik, in Beschimpfungen und Verleumdungen erschöpft, erkennen wir im Bunde nicht an. Wer in deren Namen im Bunde Aktionen unternimmt, muß sich dessen bewußt sein, daß er dafür zur Verantwortung gezogen wird.

Der Sozialproletarisch bezogene mit dem Sitze in Prag, dessen Leitung in heuchlerischer Weise nach außen hin vorgibt, ein Zusammengehen mit unserem Bunde anzustreben, der aber nach vorliegenden Dokumenten einer feindseligen, vom Politbüro oder APC. diktierten Tendenz gegen unseren Bund überwiegen worden ist, gehört nicht mehr der Internationale proletarischer Freidenker an. Jede Verbindung mit dem Sozial enthält daher die Gefahr des Anschlusses an unsern Bunde.

Die Internationale proletarischer Freidenker hat nach wie vor ihren Sitz in Wien. Ihr gehören derzeit an: Deutscher Freidenkerverband, Freidenkerbund Oesterreichs, Freidenkerjugend Deutschlands, Tschechischer Freidenkerverband Oesterreichs, Freidenkerbund Nordamerikas, Arbeiterfreidenkerverband Lettlands und unser Bund. Von einer ganzen Reihe von Vönderorganisationen liegen bereits Anmeldungen vor. Eine jede andere Nachricht ist eine Falschmeldung.

Eine bewußte Unwahrheit aber ist es, wenn in der kommunistischen Presse behauptet wird, daß wir zu einer Allianz mit der bürgerlichen Brüsseler Freidenkerinternationale unsere Zustimmung gegeben haben. Wir stellen im Gegenteil ausdrücklich fest, daß der Kongreß der Internationale proletarischer Freidenker keinerlei Beschlüsse zu Verhandlungen mit Brüssel gefaßt hat.

Genossen! Freidenker! Laßt euch nicht durch Lügen und Verleumdungen verhehen, wachet die Treue eurer Mutterorganisation gegenüber, scharet euch um unsere Fahne!

Nieder mit allen offenen und verdeckten Feinden der proletarischen Freidenkerbewegung!

Es lebe die Internationale proletarischer Freidenker!

Es lebe der Bund proletarischer Freidenker in der C.S.R.!

Die Bundesleitung.

Weihnachtsgulagen für die Beamten und Angestellten des Landes Währen-Schlesien.

Brinn, 27. November. In der heutigen Sitzung der Personalkommission des Landes Währen-Schlesien wurde unter anderem die Frage der Weihnachtsgulagen für Beamte und Angestellte des Landes beraten. Nach dem vorliegenden Referentenantrag sollten Weihnachtsgulagen Beamte und Angestellte erhalten, die noch den staatlichen Vorschriften im prognostischen Dienstverhältnisse, und zwar mindestens 10 Monate standen und am 1. Dezember noch aktiv sind. Genosse Ratschinka nahm zu dieser Angelegenheit Stellung und beantragte, daß auch die Ausschilfe- und Vertragsangestellten eine Weihnachtsgulage erhalten. Seinen Ausführungen schloß sich der tschechische Genosse Valenta an. Der Antrag des Genossen Ratschinka wurde sodann in der Personalkommission angenommen. Weiter stellte Genosse Ratschinka den Antrag, auch den Pensionisten des Landes eine Weihnachtsgulage zu gewähren. Auch dieser Antrag wurde angenommen.

Arbeiter, kümmert euch um eure Jugend! Unterstützt die Kinderfreundebewegung und die Jugendorganisation.

Der Sozialismus beginnt nicht in der Versammlung, sondern in der Familie!

Tagesneuigkeiten.

Ein edles Paar.

Zur neuerlichen vollkommensmäßig-jährlichen Verbrüderung anlässlich des Besuches des russischen Vollkommensjägers für Keuheres, Riminov, beim italienischen Außenminister Grandi in Mailand.



Mailänder Bonfatti, Facci und Sotvjet, Händelbrüder, Bruderküsse, Kriegsganonen-Freundschüsse.

Russolini und Stalin, Eine Seele und ein Sinn, Litwinow und Grandi, Rechnen sich beim Handl.

Rändnis Grandi-Litwinow, Mailkof, mailkof!, Sawjehammer, Fackelbündel, Schmelz verdrückt — gleich Gefindel!

* Jüdischer Glückwunsch.

Töblicher Unfall

beim Neubau des Verwaltungsgebäudes der großen chemischen Fabrik in Aulzig. Beim Neubau des Verwaltungsgebäudes des chem. Vereines ereignete sich gestern gegen 12 Uhr mittags ein töblicher Unfall. Die Vagerhausgesellschaft Wirscht in Aulzig beschäftigte einige Arbeiter mit dem Transport von Risten schweren Juhalis. Der verheiratete 39-jährige Arbeiter Johann Krieger aus Birnau, der den ersten Tag bei der Gesellschaft beschäftigt war, trug eine schwere Kiste am Rücken. Als dieser das fünfte Stockwerk erreichte, wurde ihm durch die Last unwohl und er stürzte vom fünften Stockwerk bis ins Erdgeschoss auf das Pflaster. Er erlitt durch den Sturz einen Schädel- sowie Beinbruch und innere schwere Verletzungen, so daß er kurze Zeit nach Ueberführung ins Krankenhaus verschied.

Wie uns mitgeteilt wird, war kein Geländer an der Stiege angebracht, erst nachher, als das Unglück passiert war, wurde schnell ein provisorisches Geländer angebracht.

Christus und Trinkgeldfrage.

Die bürgerliche Presse in Deutschland weiß von äußerst unfreundlichen Vorkommnissen im Anschluß an das abgelaufene Spieljahr in Oberammergau zu berichten. Danach laufen zurzeit nicht weniger als 140 Prozesse von Angestellten gegen Oberammergauer Wirte und Pensioninhaber. Es handelt sich in der Hauptsache darum, daß die von den Reisegesellschaften einfallenden Trinkgelder und Bedienungsgelder von den Wirten und Pensioninhabern dem Personal nicht abgeliefert, sondern einbehalten worden sind. Einige bereits gefällte Urteile haben auch die Dienstherren zur Auszahlung der einbehaltenen Beträge verurteilt. Unter den Verurteilten befindet sich auch der Christusdarsteller Anton Lang, gegen den eine Klage von seinem Personal auf Bezahlung der zahlreichen Ueberstunden eingebracht wurde. Auf Grund des verlorebenen Prozesses hat nun Anton Lang seinem gesamten technischen und sonstigen Personal gekündigt.

Oberammergau! Das Wort hat besonderen Klang und einen besonderen Sinn. In den Mauern des kleinen Ortes leben Menschen, deren Aufgabe es zu sein scheint, laut dem Propheten zur Hebung des Fremdenverkehrs, das Leben und Sterben Christi einer in Schleichheit starrenden Welt vor Augen zu führen, diese durch die schauerspielische Darstellung der Passion zu erschütterten. Aus aller Herren Länder kommen die Leute, um den Passionsspielen beizuwohnen; die Oberammergauer Passions-Spieler erlangen Weltberühmtheit und wie das so geht mit allem, was „prominent“ wird, gefolgt sich auch hier zur „Weltberühmtheit“ das „Weltgeschäft“. Dieses hat aus einst gläubigen Laienspielern, gläubige Unternehmer gemacht und trotz der intensiven Beschäftigung mit dem Leben und Sterben Christi gelangten die Darsteller nicht zum Sinn seiner Lehre, sondern machten halt beim Problem des Kapitalismus: „Wie liebe ich mich selbst mehr als meinen Nächsten.“ Und sie haben dieses Problem so gründlich studiert, daß jetzt die Gerichte eingreifen mußten, um diejenigen zu schützen, die „der Herr“ zu seinen „Liebsten“ zählte — die Armen und Unterdrückten — und zu allen Zeiten Ausgebeuteten.

Die Wirte des Ortes, von denen mancher vielleicht salbungsvoll einen Apostel des „Herrn“ gab, behielten die Trinkgelder, welche ihrem Personal zugebucht waren, für sich und bewiesen so vor aller Welt, daß sie „christlich leben“ vom Anfang einer Vorstellung bis zu deren Ende, daß sie aber nach Schluß des Spiels oder der Saison, lange bevor der Hahn dreimal kräht, die Lehre des Herrn zu veralten wissen.

Es ist ein groteskes Bild wahrer „Gottelasterung“, wenn man sich vorstellt, daß der Darsteller des Christus, Anton Lang, als Unternehmer, sein gesamtes Personal kündigt, weil es von ihm die Bezahlung für geleistete Dienste durch Gerichtsurteil erzwingen muß, und daß die Hand, welche im geistlichen Spiel mehr als einmal die Armen segnet, sie im Leben rauh von sich stößt, daß der Mund, der im geistlichen Spiel Worte der Liebe zur Kreatur sprach, ihr im Leben flucht. Aber das alles fügt sich wundervoll in das Bild, welches uns der Kapitalismus in seinen verschiedensten Ausprägungen bietet, und das man benennen könnte: „Die Passion unserer selbst.“ Der Igel.

Patentkrenz und Arbeitslosigkeit.

Im „Völkischen Beobachter“, Nr. 274 vom 18. November 1930, ist folgende parteiamtliche Anzeige zu lesen:

Es werden gesucht: Freiwilige Kräfte, die perfekt Stenographie und Schreibmaschine können, zur ehrenamtlichen Arbeit auf der Gangeschäftsstelle. Meldungen: Privatsekretariat Dr. Goebbels.

So bekämpfen die Nationalsozialisten die Arbeitslosigkeit! Die Führer lassen sich nichts abgehen, die gut gefüllte Parteikasse gibt ihnen die Möglichkeit, für die eigene Person in unbeschränkter Weise zu sorgen. Aber die Hilfskräfte sollen ohne Bezahlung arbeiten und damit den stellunglosen Angestellten das Brot wegnehmen.

Die Eisenbahn-Begünstigungen der Winterportier gefährdet? Vom Verband für Arbeiter-Winter-Touristik wird uns geschrieben: Auf eine Anfrage beim Eisenbahnministerium wurde geantwortet: „Man weiß noch nicht, wann und in welchem Umfang die Begünstigungen für Winterportier herankommen.“ Wer den Betrieb im Eisenbahnministerium kennt, weiß, daß neben dem amtlichen Büro noch ein Handelsbüro besteht und beide von den gegenseitigen Verfügungen abhängig sind. Wir vermuten, daß der Entwurf für den neuen Erlaß im Handelsbüro liegt und „kaufmännisch“ durchberaten wird. Vielleicht hat noch der Eisenbahnrat ein Wort mitzureden. Eines ist sicher, daß vom amtlichen Büro über die Herausgabe des neuen Erlasses und über die neuen Bestimmungen nichts zu erfahren ist. — Nun gut. Wenn schon der Beginn der Saison für das Eisenbahnministerium auf den 1. Dezember oder 1. Jänner verlegt werden soll, dann sollten doch die Interessenten es gerade heraus erfahren. Durch die jetzige Unsicherheit sind die Verbände auch in ihrer Arbeit behindert und es erwachsen ihnen durch die Korrespondenzen und verlegten Konferenzen nur Speien. Weiter ist sicher, daß die Winterportier auch an die Erhöhung des Fahrpreises werden glauben müssen und zwar auf der Basis 75 Prozent des normalen Fahrpreises. Oder sind etwa noch weitere Einschränkungen geplant? Es wäre nur erfreulich, wenn das Eisenbahnministerium, Abt. Handelsbüro, seine Arbeiten beendete und die Kundenschaft von dem Ergebnis cheftens verständigte. Interventionen gab es von allen Interessenten genügend!

Interview durch die „Prager Presse“. Ein Herr von der „Prager Presse“ hat den Komiker Blasta Burian in dessen Garderobe interviewt und das Ergebnis dieser Unterredung, das natürlich sowohl für den Humor Burians als auch für den Geist des Interviewers zeugend soll, in einem großaufgemachten und illustrierten Artikel des nach Gebühr geschätzten Blattes niedergelegt. Wir können es uns nicht verkagen, wenigstens die zweite Hälfte dieses Interviews zu reproduzieren:

Was machen Sie, verehrtester Meister, in der Nacht?
— Ich schlafe.
Und warum schlafen Sie?
— Weil ich müde.
Und warum müssen Sie?
— Weil ich die „Klappen“ geschlossen habe.
— Wo, hier, die „Augenklappen“?
— Ja, so, ich verstehe. Und könnten Sie auch mit offenen „Klappen“ schlafen?
— Was fällt Ihnen ein, laun man denn zum Beispiel Klarinetten mit geöffneten „Klappen“ spielen? Na also.
Koch eine Frage, hochverehrter Meister. Welche Gedanken haben Sie in der Garderobe? (Und ich schicke mich zum Fortgehen an.)
— Mein lieber Bocku, ich glaube, Sie haben es schon erraten, antwortet jovial der große Ullmeister beim Zuknöpfen des Halstogens seines Kostüms, öffnet äußerst liebenswürdig und eigenhändig die in diesem Falle wirkliche Tür und sagt herzlich: „Auf Wiedersehen!“

Bedauerlich, daß die „Prager Presse“ auf solche Weise Herrn Burian das Publikum, erfreulich, daß sie sich damit selbst rechtliche Fehler abtreibt.

Glaskrbeiterer Ribolo. Das Esh. P. B. meldet aus Pilsen: Vor etwa einem Monat erklärte die Staufner Glasfabrik ihren Arbeitern, den Betrieb angesichts der katastrophalen Wirtschaftskrise nur dann aufrecht erhalten zu können, wenn sich die Arbeiter mit einer Lohnreduzierung von 25 bis 30 Prozent einverstanden erklären. Die diesbezüglichen Verhandlungen haben bisher zu keinem beiderseits zufriedenstellenden Ergebnis geführt. Die Folge ist, daß die Glasfabrik nunmehr alle Arbeiter zum 6. Dezember gekündigt hat, allerdings mit dem Bemerkten, sie wieder aufnehmen zu wollen, wenn sie sich mit der gewünschten Aenderung des Kollektivvertrages einverstanden erklären. Die diesbezüglichen Verhandlungen werden fortgesetzt.

Das Dornier-Großflugzeug „Do X“ ist gestern in La Corona unter heftigem Regen zum Flug nach Lissabon gestartet.

Glückliches Schredenstein! Das Budget der Gemeinde Schredenstein (bei Aulzig an der Elbe) für das Jahr 1931 weist ein vollkommenes Gleichgewicht und keinerlei Abgänge auf. Der Bedarf ist durch die gleich hohe Deckung per 10,860.776.— Kronen vollauf gedeckt.

Mißglücktes Attentat auf den D-Zug Berlin-Stockholm. Mittwoch abends wurde auf der Strecke Angermünde-Baselwitz in der Nähe der Wüststelle Seelübbe auf den D-Zug 17 Berlin-Stockholm ein Attentat verübt. Auf dem Bahnkörper sind ein ausgehobener Kilometerstein im Gewicht von rund einhundert Zentnern und eiserne Geländerteile gelegt worden. Die Schienenräume der D-Zug-Lokomotive zertrümmerten jedoch das Hindernis, der Zug fuhr ohne Aufenthalt nach Baselwitz weiter. Reisende wurden nicht verletzt. Der Betrieb ist nicht gestört. Die Untersuchung ist noch im Gange.

Eine „Pädagogische Woche“ in Aulzig. In der Zeit vom 2. bis 6. Jänner 1931 findet in Aulzig eine „Pädagogische Woche“ zur Einführung der Lehrerschaft in die gegenwärtig auch bei uns aktuellen Probleme der Schulverbesserung, Lehrpläne, Elternvereinigungen und des Schulaufbaues statt. Die Teilnehmergebühren betragen

Ein Kulturfest proletarischer Massen

wird das 2. Arbeiterfänger-Bundesfest in Bodenbach auf der Schaferswand werden. 27., 28. und 29. Juni 1931.

für alle Vorträge 30 Kronen, auswärtigen Besuchern kann billiges Nachlager und Verpflegung verschafft werden. Die Veranstaltung ist allen Lehrpersonen zugänglich. Um auch Anhaltelernern und Lehramtskandidaten den Besuch zu ermöglichen, wurde für diese der Teilnehmerbeitrag mit 15 Kronen festgesetzt, außerdem ist auch die Teilnahme an einzelnen Vorträgen gegen Entrichtung von 5 Kronen möglich. Für Urlaub sorgt die Leitung rechtzeitig. Aus dem Programm sei nur hervorgehoben: Freitag, den 2. Jänner, spricht Hochschulprofessor Wilhelm Paulsen über „Die Grundlagen für den Aufbau der Schule“, nachmittags ist ein Vortrag von Dr. med. Theodor Gruschka über die Voraussetzungen des Schulaufbaues“ vorgelesen. Samstag, den 3. Jänner, wird der Präsident des sächsischen Landtages, Oberlehrer Kurt Wessels, die Frage „Wie kamen wir zu neuen Lehrerbildung“, behandeln. Nachmittags ist eine Aussprache über die neuen Lehrpläne angelehnt, die von Wilhelmine Fischer, Aulzig, eingeleitet wird. Weiter ein Vortrag über „Die Reform der Mittelschule.“ Sonntag, den 4. Jänner, behandelt der Vorsitzende der pädagogischen Studienabteilung im Ministerium für Schulwesen und Volkskultur, Ministerialrat Dr. Seleminski, Prag „Ziele unserer Schulreform“ anschließend spricht der Vorsitzende der Schulreformkommission im Ministerium für Schulwesen und Volkskultur, Dozent Dr. Priboda, Prag, über „Tschische Schulverbesserung“. Für Montag, den 5. Jänner, ist ein Vortrag der Frau Dr. Alice Rüdiger-Gerstel, Dresden, über „Kind und Gesellschaft“ vorgelesen. Dienstag, den 6. Jänner, spricht Direktor Franz Konzol, Wien, über „Elternvereinigungen und Schulerneuerung“. Außerdem sind noch Vorträge über die Schülerfürsorge der Stadt Aulzig, Führungen durch Aulziger Fürsorgeeinrichtungen, Besuch eines modernen Kinderheimes und ein großer, allgemein zugänglicher Elternabend vorgelesen. Die Pädagogische Woche“ hat zum Ziele, Lehrer und Eltern — es sei bemerkt, daß auch Eltern an dieser Veranstaltung teilnehmen können — in die Fragen der neuzeitlichen Schulgestaltung einzuführen. Anmeldefrist bis 15. Dezember 1930. Auskünfte und Anmeldungen bei: Josef Hudl, Aulzig, Billrothstraße 20.

Eifersuchtsdrama vor Pariser Richtern. In Paris findet zurzeit ein außerordentliches Prozeß gegen eine 34-jährige Pariserin aus den besten Gesellschaftskreisen statt, die ihren Freund und dessen Freundin, mit der sie das Haus teilte, in einer Umwandlung von Empörung und Eifersucht niedergeschossen hat. Nach der Erklärung der Angeklagten vor den Geschworenen hatte Herr Marie, der nunmehr tote Freund, eine eigenmächtige Anschauung über Moral und Liebe, die er „modern“ nannte. So wußte er die Angeklagte zu überreden, zu ihm ins Haus zu ziehen, obwohl bereits eine häßliche Freundin mit ihm zusammenlebte. Die Angeklagte fand sich aus großer Liebe eine Zeit lang mit diesem Zusammenleben zu dreißig, weil sie hoffte, die Rivale doch eines Tages aus dem Haus zu bringen. Als sie jedoch erkennen mußte, daß ihr Freund großen Gefallen daran fand, zwei Frauen bei sich zu haben, kaufte sie sich einen Revolver und schoß in einem Anfall von Verzweiflung beide nieder. Das Urteil wird mit großer Spannung erwartet.

Den Kompanon ermordet. In das eleganteste Luxusristorant von Turin trat Mittwoch zu Mittag der gewesene Mitbesitzer dieses mondänen Lokals, Bertolotti, ein, nahm an einem Tische Platz und bestellte ein Mittagsessen. Der nunmehrige Besitzer des Restaurants, der im Begriffe war, das gemeinsame Verhältnis mit Bertolotti gerichtlich zu lösen, rief den Bertolotti bedienenden Kellner zu sich und erteilte ihm den Auftrag, nur dann zu servieren, wenn Bertolotti wie jeder andere Gast des Restaurants ordentlich seine Jasse bezahle. Als dies Bertolotti erfuhr, sprang er plötzlich auf, und es kam vor den Augen des im Lokal anwesenden Publikums zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen den beiden Kompanonen. Flüchtig ergreifend Bertolotti ein auf einem Tisch liegendes großes Küchenmesser und bohrte es in das Herz seines gewesenen Kompanons, der tot zu Boden stürzte. Der Mörder wurde verhaftet und dem Gerichte übergeben.

Von einem Wolf angefallen. In der Gegend von Salerno wurde ein junger Mann von einem hungertigen Wolf angefallen. Mit Hilfe herbeieilender Bauern, die das Raubtier mit Steinen erschlugen, gelang es, den jungen Mann zu retten, der an der linken Hand schwere Verletzungen davongetragen hatte.

Expremier Sukkisch geübt. Der frühere russische Ministerpräsident Boris Sukkisch ist Mittwoch nachts im Alter von 60 Jahren gestorben. Der Verstorbene war nach dem Tode von Nikolai Bujär Führer der ehemaligen radikalsten Partei. Während seiner Amtszeit als Ministerpräsident kam es zu den blutigen Ereignissen in der Hauptstadt, in deren Verlauf der Führer der Kronen, Stefan Rabik tödlich verwundet und sein Koffe Poble Rabik erschossen wurde.

Die Pariser Geschworenen verurteilten Frau Fante Bulla, die ihren Geliebten und dessen Geliebte ermordet hatte, zu 20 Jahren Zwangsarbeit.

13 Todesopfer einer Benzinexplosion.

New York, 26. November. Der Korrespondent der Associated Press in der Stadt Mexiko meldet: In dem Dorfe Guadalupe bei Procueto wurden am Mittwoch früh bei einer Benzinexplosion 13 Mitglieder einer Zirkusgesellschaft getötet und 16 verletzt. Infolge der Explosion entfiel eine Anzahl wilder Tiere, darunter mehrere Löwen, die in dem Dorfe erumherliefen, bis sie erschossen wurden.

Das Erdbeben in Japan.

Furcht vor neuen Katastrophen.

Tokio, 27. November. Den letzten Berichten zufolge kamen bei dem letzten Erdbeben in Japan im ganzen 252 Personen ums Leben, während 143 Personen verletzt, 1550 Gebäude vollkommen zerstört und 4637 teilweise zerstört wurden.

Entgegen der Annahme, daß das Erdbeben seinen Kulminationspunkt bereits überschritten hat, wurden in den betroffenen Gegenden immer neue Erdstöße verspürt. Die Beobachtungsstation meldet 850 neue, schwache Erdschütterungen. Die Bevölkerung verbringt die Nächte aus Furcht vor neuen Hauseinstürzen im Freien. Die Rettungswannschaften arbeiten unermüdet an der Beseitigung der Not der vom Erdbeben betroffenen Bevölkerung.

Zur Volkszählung.

Die Ausfüllung des Zählbogens durch Deutsche in Prag.

In Prag ist der Zählbogen in tschechischer Sprache auszufüllen. Wenn dies aber nicht möglich ist, der kann den Zählbogen zwar in deutscher Sprache ausfüllen, doch hat der Zählkommissar das Recht, die Daten in tschechischer Sprache auf einen neuen Zählbogen zu übertragen. Dieser neue vom Zählkommissar in tschechischer Sprache ausgefüllte Zählbogen muß dann nach vollständiger Ausfüllung vom deutschen Wohnungsinhaber unterschrieben werden. Dem Zählkommissar ist durch Instruktion jedoch vorgeschrieben, den deutsch ausgefüllten Zählbogen dem neuen von ihm tschechisch ausgefüllten Zählbogen beizulegen und beide abzugeben. Da bei dieser Eintragung leicht Irrtümer unterlaufen könnten, so soll man vor Unterzeichnung des vom Zählkommissar tschechisch ausgefüllten Bogens genau darauf sehen, ob bei jeder Person deutscher Mutterprache in der Rubrik 15 (národnost) mit Linie vollausgeschrieben das Wort „německá“ steht und ob alle Personen eingetragen sind.

In der Rubrik 14 (státní příslušnost) hat bei jedem tschechoslowakischen Staatsbürger das Wort „československá“ zu stehen. Es ist sehr darauf zu achten, daß die Rubriken 14 und 15 nicht verwechselt werden, weil sonst aus einem tschechoslowakischen Staatsbürger deutscher Nationalität ein reichsdeutscher Staatsbürger tschechoslowakischer Nationalität würde. In der Rubrik 21 ist bei jedem in Prag ständig Wohnhaften das Wort „trvale“ einzutragen.

Es ist jedoch zu beachten, den Zählbogen möglichst gleich in tschechischer Sprache ausgefüllt zu haben oder wenigstens neben Ja- und Vornamen jeder Person die angeführten Rubriken in der angegebenen Weise auszufüllen und nur die Eintragung der Daten in die anderen Rubriken dem Zählkommissar zu überlassen. Das Wichtigste ist, daß keine deutsche Person vergessen wird und bei jeder in der Rubrik 15 (národnost) das Wort „německá“ steht. Uebrigens sei hier nochmals auf die deutsche Beratungsfelle für Volkszählung, Prag II., Graben 26, Zimmer 16, hingewiesen, die jedem Deutschen von 9 Uhr früh bis 7 Uhr abends kostenlos Auskünfte erteilt.

Kunst und Wissen.

Zweites philharmonisches Konzert.

Der Erfolg der philharmonischen Konzerte im heurigen Jahre ist auffallend; auch das gestern stattgefundene war wieder ausverkauft. Dabei kann nicht einmal behauptet werden, daß ihr gegenwärtiger Dirigent Prof. Georg Széll in ihren Programmen Außerordentliches bieten würde. Aber eben gerade die mehr konservativen Programme Szélls stärkere Anziehungskraft aus als betont moderner? Auch an der Persönlichkeit des Dirigenten kann es doch nicht liegen, daß diese Konzerte auf einmal so viel Zuspruch finden, während sie früher kaum beachtet wurden; denn Szélls unmittelbare Vorgänger in der musikalischen Leitung waren ihm mindestens ebenbürtig. Sei dem, wie dem wolle, freuen wir uns der erblichen Einigkeit des Publikums und der Tatsache, in den philharmonischen Konzerten unseres Theaterorchesters die repräsentativen deutschen Sinfonie-Konzerte Prags wiederhergestellt zu sehen.

Das gestrige zweite philharmonische Konzert diente in seinem Programm dreierlei künstlerischen Zwecken: der eigentlichen Sinfonik, die durch Wolfgang Amadeus Mozarts Cdur-Sinfonie als Hauptwerk des Abends vertreten war, der seitlichen Ehrung eines seiner schätztesten Geburtstagsfeiernden tschechischen Komponisten, die mit der Aufführung der „Serenade“ für kleines Orchester von Bedřich Smetana erfolgte, und der solistischen Kunst, die der Pianist Rudolf Serkin in Max Regers Klavierkonzert in f-moll vermittelte. Die zur Aufführung gebrachte Cdur-Sinfonie Mozarts ist die letzte unter seinen drei bekanntesten größten, von Juni bis August des Jahres 1788 komponierten Sinfonien, die unter dem Namen „Sinfonie-Sinfonie“ bekannt geworden ist. Die Bezeichnung wurde ihr zuteil, weil man ihre klassische Formenreife, ihre über alles Erhabene erhebende Tonsprache als „göttlich“ empfand, bewunderte und noch heute bewundert. Der künstlerische Höhepunkt dieser vierstündigen Sinfonie ist ihr genialer Schlußsatz, die berühmte Trippelfuge, ein in höchster Formvollendung aufgeführtes, grandios gesteigertes, jubelndes Finale. Bedřich Smetana's „Serenade“ für kleines Orchester ist eine Tonschöpfung aus der früheren Zeit des bedeutenden tschechischen Komponisten. Ihre vier Sätze (Präludium — Serenade — Rotturn — Finale) offenbaren Smetana's tonbildnerische Eigenheit in eindringlicher Weise: Ihr Sinn für Farbe, ihre Sensibilität und ihr romantischer Einschlag sind Kennzeichen des Impressionismus ihres Schöpfers, der Beispiel und Vorbild wurde für die jüngere tschechische Musikgeneration — Max Regers drei-sätziger Klavierkonzert in f-moll ist ein späteres Werk des Meisters; vielleicht eines seiner besten. Es trägt die typischen Merkmale Regerscher Tonbildung; außerordentliche Kunst in der Satztechnik, also Geschärftigkeit der Form, des Aufbaues, der Gliederung und der harmonischen Struktur, und unerschöpfte Gestaltungskraft im poly-

phonen Sinne. Das Heber- oder auch musikalische Gefühlserhebungen von eindringlicher Schönheit fähig ist, bereist der wundervoll erfundene und empfindene langsame Mittelteil dieses Klavierkonzertes, das nebenbei dem Pianisten glänzende, schwerste Aufgaben stellt. Rudolf Serkin spielte es mit unerschöpflicher technischer Bravour, unerschöpflicher, ungläublich temperamentsvoll und mit eigenartiger, impetiver Ausdruckskraft. Er wurde mit Recht stürmisch gefeiert. Professor Széll als Dirigent des Abends begeisterte vor allem als Mozart-Interpret. Blickpunkt im figurativen Sinne, dessen in der Dynamik, föhlich in der Strohheit des Rhythmus stand die Duplette-Sinfonie da, — vielleicht nur im Stretto des Finales ein wenig überhört im Tempo, zu wenig plastisch. Die Serenade Kováls hätte hier und da mehr dynamische Abdämpfung verdient. Im Regers-Konzert gab Serkin den Ton an; Széll und das Orchester begleiteten prächtig. An dem reichen Beifall des tschechischen Konzertabends hatte neben Széll und Serkin auch der tschechische Komponist Kovál entsprechenden Anteil und konnte sich wiederholt dafür bedanken.

E. S.

Das Konto I (Firma Bernauer u. Co. s. r. o.) ist eine unbedeutende Amüsierkomödie mit leicht satirischem Einschlag, aufgebaut auf der liebetragenden Robiess eines Rechtsanwalts gegen eine gewisse Adelsfamilie. Der „Konflikt“ besteht darin, daß der jüdische Doktor, der aus purer Liebe zur Komtesse bei der Verwaltung des feudalen Unvermögens kein eigenes Geld zusetzt und dabei noch in den Verdacht kommt, unredlich manipuliert zu haben, mit seinen Heiratswünschen auf konfessionelle Standeshindernisse stößt, die aber zum Schluß selbstverständlich doch überwunden werden. Das Stück hat ein paar gute Momente, und einige Typen, die zum Teil ganz ohne inneren Zusammenhang mit der Handlung eingeführt werden, sind gut gesehen und angelegt. Aber trotz aller technischen Kunststücke und Insinuationen schießt sich das ganze Ding nur sehr hübschlich durch drei Akte. Der Regisseur, Hans Kránský, hätte ihn kräftiger unter die Arme greifen und für ein viel rascheres Tempo sorgen müssen; dann hätte er die unauflösbare Aufgabe, so augenfällige Schwächen zu verdecken, besser lösen können. Und von den Darstellern hätte ihm vor allem Herr Stadler dabei helfen müssen, dessen ausgezeichnetes komisches Charakterisierungsvermögen ihn nicht dazu verführen dürfte, Solologien und Dialoge gar zu selbstherrlich zu gestalten. Den Preis des Abends verdient die Künstlerin mit ihrer Frische, ihrer Kunst, ihrer Natürlichkeit und Wärme, das amier Schauspiel an ihr ein vielversprechendes Talent gewinn; in entscheidenden Szenen — so vor allem beim Heiratsantrag — wirkt sie außerordentlich fast, greift ans Herz und läßt für Augenblicke das Theater vergehen und im Grunde genommen ist doch gerade das höchste Ziel und höchster Zweck wahrer Schauspielkunst. Ihr Partner, Herr Lejzák, stand, obwohl immer sympathisch, sehr am Platz; weder für den Juden, noch für den Wiener, noch für den Advokaten bringt er das entsprechende Wesen mit. In den kleineren Rollen fiel vor allem Herr Jančík in einer sehr wirksamen Episode auf. In die „Burgen“ teilten sich die Damen Bertram und Reinecke und die Herren Kösser, Zieblin und Bauer.

Glemens Aronk, Generalmusikdirektor der Staatsoper in Wien, dirigiert am 3. Dezember im Zuzernsaal ein Konzert der Wiener Philharmoniker, welche in voller Besetzung (100 Künstler) kommen. Am Programm: Brahms' C-Moll-Symphonie, Rigoletto-Oper, Bilder aus einer Ausstellung, Schubert: Klavierkonzert, Joh. Strauß: Wienerwald, Bergsteiger, Hiedermaus. — Restliche Karten bei Wegler.

Heute „Rigoletto“. Gastspiel Koloman Fatach (Herzog) zugunsten des Pensionsfonds der Deutschen Journalisten. Anfang halb 8 Uhr. (Abonnement aufgehoben.)

Sonntag, den 29. ds. Premiere: „Sturm im Wasserglas“. Komödie von Bruno Frank. Nach seinem Erfolge mit dem Schauspiel „Jodlstaub“ und der „Berlinskomödie“ hat Bruno Frank mit „Sturm im Wasserglas“ ein neues Lustspiel für die deutsche Bühne geschrieben. Das Stück beghandelt das Schicksal eines Hundes, dem die hohe Obrigkeit aus Steuergründen aus dem Leben gehen will. Mitleidende: Wodsch, Holzin (auch Regisseur des Abends), Gök, Salomonow, Dhopla, Dabra, Bauer, Müller-Ulman, Fodlesak, Keiter, Kemner, Schumann, Dr. Schmezerfeld, Schöndberg, Veit. Anfang um halb 8 Uhr (40-IV).

Sonntag, den 30. November neuinstudiert „Die schöne Helena“. Anlässlich des Ehrenbach-Gedenkjahres wird dieses unsterbliche Werk wieder in den Spielplan aufgenommen. Die Neueinstudierung leitet fruchtig Stadler und musikalisch Walgang. Die Titelrolle singt Sonja Schenker, Altkammeristin und Crech sind besetzt mit Effe Vongauer und Jere v. Reichlin. Die männlichen Partien werden gegeben von: Dabel (Polchos), Boed und Keiter (Fog I. und II.), Kösser (Agamemnon), Schöndberg (Achilles), Stadler (Menelaus), Wollram (Paris). Anfang 7 Uhr. (41-I).

Aus der Partei.

Sektion sozialdemokratischer Baubeamter. Am Mittwoch, den 3. Dezember, um 8 Uhr abends, findet im Restaurant „Krauzel“, Kofazanka, ein Vortrag des Genossen Paul, Leiter der Bildungsgruppe der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, über das Thema „Die Sozialdemokratie als Kulturbewegung“ statt. Anschließend Diskussion. — Die Genossen Bau- und

Handwerker werden gebeten, bestimmt zu erscheinen und ihre für die Bewegung interessierten Kollegen mitzubringen. Eintritt für Organisierte und von ihnen eingeführte Gäste frei.

Sport • Spiel • Körperpflege

Die Höhe der Zeit kamen auch in der letzten Bundesvorstandssitzung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes in Deutschland recht deutlich zum Ausdruck. Vor allem zeigte sich dies im harten Zurückgehen des Bundesgeschäfts und in einer riesigen Zunahme der Unfallkostenbelastung. Auch der Betrieb der Bundeshörsäle hat wieder mehr erfordert, wobei andererseits die Zuschüsse von öffentlichen Körperschaften gewaltig zurückgegangen sind. Daher muß äußerste Sparsamkeit auf allen Gebieten Platz greifen. Auch das Olympia in Wien 1931 macht schwere Sorgen, da unbedingt notwendig: Unterdrückung von öffentlichen Körperschaften nur schwer oder gar nicht zu bekommen sind und die zahlreichen wirtschaftlichen Verhältnisse die Leistungsfähigkeit stark herabgedrückt haben. Die Herausgabe einer eigenen Bundesfußballzeitung durch Verödigung des Fußballspiels von der weiter erscheinenden „Freien Sportwoche“ muß ebenfalls wegen der wirtschaftlichen Krise zurückgestellt werden. Bei einer besseren Lage soll das Blatt sofort erscheinen. Die Lage im Bund ist, abgesehen von den wirtschaftlichen Kisten und trotz dem Wühlen der Kommunisten, durchaus befriedigend. Der Bund nimmt an Mitgliederzahl sogar noch zu. Die Kämpfer der Opposition sind im Instande, den Vormarsch des Arbeiter-Turn- und Sportbundes zu hemmen.

Am die mitteldeutsche Kreis-Fußballmeisterschaft. Reihendenselben gewann gegen Wacker Braunschweig 3:3; Teutonia Sondersleben machte sich Vormarsch Herbst mit 5:2 gegen; Britania A Alschleben gewann gegen Bismarck 3:1.

Bundeschießen der deutschen Arbeiterjugend. Wie der Vorstand des Arbeiter-Schützenbundes, angeführt von der Zentralkommission in Berlin, bekannt gibt, findet am 7. Dezember das Bundeschießen zur Ermittlung der Bundesmeister statt. Die Bundesmeisterwahlen können nur durch Schmeißer errungen werden, und zwar durch sechs Schützen (eine Mannschaft), die alle derselben Ortsgruppe angehören. Die Wettbewerbe werden in den einzelnen Gauen durchgeführt und von unparteiischen Jurys überwacht. Schießen und Schießtafeln werden unmittelbar nach Abschluß der Veranstaltungen der Bundesleitung zur Feststellung der Meister übermittelt.

Keine Zwangsversicherung in Deutschland. Das Reichsversicherungsamt hat in dem Streit der Turn- und Sportverbände: einerseits und der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege über eine Versicherungspflicht aller in den Turn- und Sportvereinen beruflich oder auch nur ehrenamtlich Tätigen eine als unzulässig anzusehende Entscheidung dahin gefällt, daß eine solche Zwangsversicherung nicht in Frage komme.

Bereinsnachrichten.

Arbeiter-Turn- und Sportverein Prag.

Wir laden alle Freunde und Gönner der Arbeiterturnbewegung zu unserer am Samstag, den 29. November gemeinsam mit unseren tschechischen Genossen stattfindenden Rikolo-Unterhaltung herzlich ein. Die Unterhaltung findet im neuverordneten Saale des Lidový dóm, Prag II., Obecná 7, statt und läßt deren Ertrag dem Fonds zur Errichtung eines Sommer-Turnplatzes zu. Beginn halb 8 Uhr. Konzert, Rikolo, Tanz. — Die Geschenkpalette müssen eine Stunde vor Beginn der Unterhaltung abgegeben werden.

Erstgruppe Prag. Die Generaterversammlung der Erstgruppe findet am Donnerstag, den 1. Dezember, halb 8 Uhr abends, im Café Rizzo statt. — Winteraktion. Die Kontrollmarken werden am Donnerstag nur vor der Generalversammlung ausgegeben, und zwar ab halb 7 Uhr. — Der Ausschuh der Aktion soll ebenfalls um halb 7 Uhr eine Sitzung ab. — Das II. internationale Treffen der Arbeiter-Winter-Touristen und -Sportler findet am 31. Januar und 1. Februar in Karlsdorf bei Perwaldau statt.

Sängerverein „Gutenberg“. Der Rikolo-Abend des Vereins findet Sonntag, den 30. ds., um 8 Uhr abends, im Gewerkschaftshaus, Prag I., Bergsteig, statt. Das reichhaltige Programm mit anschließendem Tanz bürgt für gute Unterhaltung. Die Musik besorgt die eigene Kapelle des Vereins. Eintritt 5 Kronen.

Der Film.

Gründung eines Filmkritikerverbandes. Mittwochs fand in Prag eine Versammlung der ständigen Filmreferenten statt, die die Gründung einer festen Organisation beschlossen. Bei dieser Zusammenkunft waren fast alle Prager deutschen und tschechischen Tageszeitungen vertreten. Es wurde folgendes Kommaniqué ausgegeben:

„Die ständigen Filmreferenten der Tages-, Wochen- und Monatsblätter gründeten zur Wahrung ihrer Rechte und Standesinteressen eine Fachorganisation: Verband der Filmkritiker in der Tschechoslowakei. Mitglied des Verbandes kann ohne Unterschied der Nationalität jeder ständige, unabhängige Filmkritiker eines Tages-, Wochen- oder Monatsblattes der Tschechoslowakei werden. Mitgliederanmeldungen sind an das provisorische Sekretariat des Verbandes, Prag II., Katoľská, Břichová, zu richten.“

An unsere Postbezieher.

Der heutigen Nummer liegt ein Erlaß, schein zur Bezahlung der Bezugsgebühr bei. Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß die Einzahlung unter demselben Namen geleistet werden muß, unter welchem der Versand der Zeitungen erfolgt. Die Bezugsgebühr ist am Kopf des Blattes ersichtlich und ist stets im Vorhinein zu entrichten. Der Abonnementbetrag muß spätestens bis 12. eines jeden Monats in unserem Besitze sein; wir ersuchen Sie, dies zu berücksichtigen, damit keine Unterbrechung in der Zustellung eintritt. Die Verwaltung

Die Gründung dieser Vereinigung erscheint im Hinblick auf die immer größer werdende Bedeutung des Films sehr begrüßenswert. Es ist bekannt, daß die Filmindustrie in den letzten Wochen besonders energisch einen direkten Einfluß auf die Kritik dadurch zu gewinnen trachtet, daß sie die Beredung von Interzeten von einer wohlwollenden Kritik abhängig macht. Nun ist es gerade beim Film besonders wichtig, den Betrachter vorwiegend durch objektive Kritiken einen verlässlichen Wertmaßstab zu geben, damit sie in der Lage sind, beim Abschluß von Filmen zu beurteilen, ob der betreffende Film Gutes stiften kann. Es ist zu erwarten, daß sich eine festorganisierte Filmkritik ihre Unabhängigkeit wird erkämpfen können.

Vorträge.

Öffentliche Meinung und moderne Presse. Der Vortrag des bekannten Historikers der Wiener Universität Professor Dr. Wilhelm Bauer über die öffentliche Meinung und die moderne Presse findet heute, Freitag, um 5 Uhr nachmittags (pünktlich), im großen Saal der Freien Schule der politischen Wissenschaften, Prag, Klatovská 6, 2. Stock statt und ist allgemein und frei zugänglich. Professor Bauer hat als wissenschaftlicher Forscher auf dem Gebiete der öffentlichen Meinung eine Reihe grundlegender Werke geschrieben und als erster und bisher einziger Wissenschaftler ein System des Phänomens der öffentlichen Meinung verfaßt.

Literatur.

„In Albanien's Bergen.“ Von Dr. Friedrich Karlgraf. Verlag Sieder und Schröder, Stuttgart. Geh. M. 11.—, geb. M. 11.—. Als Botaniker hat Dr. Karlgraf zur Erforschung der Pflanzenwelt zwei Sommer in Albanien verbracht, unter den verschiedensten Umständen, das einmal während bewegter politischer Vorgänge, das andere mal während ruhiger Zeit. Der Verfasser will über die Ergebnisse seiner Forschungen in einem anderen Buche berichten, in diesem erzählt er von seinen Eindrücken, Erfahrungen und Erlebnissen, von denen manche abenteuerlich genug sind. Ein interessantes, prächtiges Land, dieses Albanien. Dem Fremdenverkehr noch fast gar nicht erschlossen, besitzt es keine Eisenbahnen, sondern Karawanenverkehr, daneben allerdings auch schon Flugzeug- und Kraftwagen, denen aber viele Gegenden dieses noch „wildem“ Landes unzugänglich sind. Seit in jüngster Zeit ergreift Albanien in Städtebau, Verwaltung, Lebensweise zum Teil die Vorzüge der internationalen Zivilisation Europas. Im Innern der Gebirgsgegenden aber beherrscht das Land und das Volk seine volle Ursprünglichkeit und das Volk trägt alle Merkmale der Urwälsigkeit. Der Verfasser erweist sich als guter Beobachter und Schilderer. Sein Buch verbreitet Licht über die Zustände in diesem schwer zugänglichen Lande unter Beigabe eines reichen und vielfältigen Bildermaterials.

Verlaggeber: Siegfried Teub. Herausgeber: Wilhelm Riecher. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß, Prag. Druck: „Kola“ A. G. für Zeitung und Buchdruck, Prag. Für den Druck verantwortlich: Otto Gollig, Prag. Anzeigen mit Bezug Nr. 12.800/VIII/1930 bewilligt. Die Zeitungsmarktschließung wurde von der Post 2. Teilgebühren.

KINO-PROGRAMM

Vom 23. November bis 4. Dezember 1930

Wran-Urania-Kino
einzig deutsche. in Prag.
Die vom Rummelplatz
Veranstaltung der tschechischen Zeitung!

Wo verkehren wir?

Café „Continental“, Prag, Graben

Gastwirts-Haus
LIDOVÝ DŮM
(Gen. Wilhelm Spatný)
Täglich Konzert. PRAG II., Hybernská Nr. 7.